



Programmplanungsdokument 2021–2024
Auf dem Weg zu Aufbau und Resilienz

Arbeitsprogramm 2022



Programmplanungsdokument 2021–2024

Auf dem Weg zu Aufbau und Resilienz

Arbeitsprogramm 2022



Europäische Stiftung
zur Verbesserung der
Lebens- und Arbeitsbedingungen

Verwenden Sie bei Verweisen auf diesen Bericht bitte folgenden Wortlaut:

Eurofound (2022), *Programmplanungsdokument 2021–2024: Arbeitsprogramm 2022*, Dublin.

Luxembourg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union

PDF: ISBN 978-92-897-2249-0 ISSN 2363-3174 doi:10.2806/132852 TJ-AO-22-001-DE-N

Dieses Programmplanungsdokument und die zugehörigen Materialien sind online abrufbar unter <http://eurofound.link/ef21056>

© Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound), 2022

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Die Genehmigung zur Verwendung oder Vervielfältigung von Fotos oder sonstigem Material, die nicht dem Urheberrecht von Eurofound unterliegen, ist direkt beim Urheberrechtsinhaber einzuholen.

Titelbilder: © Ndabcreativity, pikselstock, Gorodenkoff/Adobe Stock; Fotoluminate LLC/Shutterstock

Fragen zum Urheberrecht sind in Schriftform zu richten an: copyright@eurofound.europa.eu

Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) ist eine trilaterale Agentur der Europäischen Union, die 1975 gegründet wurde. Sie hat den Auftrag, Fachwissen im Bereich sozial-, beschäftigungs- und arbeitspolitischer Strategien gemäß der Verordnung (EU) 2019/127 bereitzustellen.

Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen

Telefon: (+353 1) 204 31 00

E-Mail: information@eurofound.europa.eu

Internet: www.eurofound.europa.eu

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....	2
Vorwort	5
Auftrag	6
I. Allgemeiner Kontext für den Zeitraum 2021–24	8
Kontext für die politischen Strategien der EU	9
Institutioneller Kontext.....	12
II. Mehrjähriges Arbeitsprogramm und Arbeitsprogramm 2022.....	13
Einleitung	13
1. Mehrjährige Ziele	15
Leistungsbeobachtung	16
2. Operative Tätigkeiten	17
2.1 Tätigkeit 1: Arbeitsbedingungen und nachhaltige Arbeit	17
2.2 Tätigkeit 2: Arbeitsbeziehungen und sozialer Dialog.....	24
2.3 Tätigkeit 3: Beschäftigung und Arbeitsmärkte.....	29
2.4 Tätigkeit 4: Lebensbedingungen und Lebensqualität	32
2.5 Tätigkeit 5: Frühzeitige Erkennung und Umgang mit den Auswirkungen des Wandels	36
2.6 Tätigkeit 6: Förderung des sozialen Zusammenhalts und der Konvergenz	41
2.7 Tätigkeit 7: Management und Entwicklung von Erhebungen.....	46
2.8 Tätigkeit 8: Reaktion auf Ad-hoc-Auskunftersuchen.....	49
3. Horizontale Tätigkeiten.....	50
3.1 Tätigkeit 9: Kommunikation.....	50
3.2 Tätigkeit 10: Management und Entwicklung	53
4. Konzept für die Umsetzung.....	55
4.1 Methoden und Instrumente	55
4.2 Zusammenarbeit und Partnerschaften	57
4.3 Strategie für die Beziehungen zu Drittländern und internationalen Organisationen	58
5. Ausblick auf die personellen und finanziellen Ressourcen: Ressourcenplanung für die Jahre 2020–2024.....	58
5.1 Finanzielle Ressourcen	58
5.2 Humanressourcen	59
5.3 Ausweitung der Aufgaben und Effizienzsteigerungen	60

Abkürzungsverzeichnis

AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
BBSB	Beschäftigungsbedingungen der sonstigen Bediensteten
CATI	Computergestützte Telefoninterviews (Computer-assisted telephone interviews)
Cedefop	Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung
CSR	Länderspezifische Empfehlungen (Country-specific recommendations)
ECS	Europäische Unternehmenserhebung (European Company Survey)
EGF	Europäischer Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (European Globalisation Adjustment Fund)
EIGE	Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen
EJM	Europäischer Jobmonitor
ELA	Europäische Arbeitsbehörde
EMAS	System für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung
EMCDDA	Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht
EMCO	Beschäftigungsausschuss (Employment Committee)
EPMS	Leistungsbeobachtungssystem von Eurofound (Eurofound performance monitoring system)
EPSO	Europäisches Amt für Personalauswahl
EPSR	Europäische Säule sozialer Rechte
EQLS	Europäische Erhebung zur Lebensqualität (European Quality of Life Survey)
ERL	Elektronische Reserveliste

ERM	Europäisches Beobachtungsinstrument für Umstrukturierungen (European Restructuring Monitor)
ESF	Europäischer Sozialfonds
ETF	Europäische Stiftung für Berufsbildung
EUA	Europäische Umweltagentur
EU-OSHA	Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz
Eurofound	Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen
EU-SILC	EU-Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen
EWCS	Europäische Erhebung über die Arbeitsbedingungen (European Working Conditions Survey)
FRA	Agentur der Europäischen Union für Grundrechte
IAO	Internationale Arbeitsorganisation
IKT	Informations- und Kommunikationstechnologie
JRC	Gemeinsame Forschungsstelle
KI	Künstliche Intelligenz
KPI	Zentraler Leistungsindikator (Key performance indicator)
MFR	Mehrjähriger Finanzrahmen
NEET	Menschen, die weder im Erwerbsleben stehen noch eine schulische oder berufliche Ausbildung absolvieren (Not in education, employment or training)
NGEU	NextGenerationEU
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
R2D	Recht auf Nichterreichbarkeit

SLA	Dienstgütereinbarung (Service Level Agreement)
SPC	Ausschuss für Sozialschutz (Social Protection Committee)
SURE	Unterstützung bei der Minderung von Arbeitslosigkeitsrisiken in einer Notlage
WFA	Wirtschafts- und Finanzausschuss

Vorwort

Dieses Arbeitsprogramm bezieht sich auf ein Europa nach der COVID-19-Krise. Die Unsicherheit, die die vergangenen zwei Jahre geprägt hat, wirft weiterhin ihren Schatten voraus und wird die Art und Weise, wie wir leben und arbeiten, umfassend und wahrscheinlich langfristig verändern.

Diese Veränderungen werden unsere Volkswirtschaften und Gesellschaften prägen und die bereits stattfindenden Transformationen sowohl zu einer grünen als auch einer digitalen Gesellschaft intensivieren und oft noch beschleunigen. Dies wird sich in irgendeiner Form auf das Leben aller Europäer auswirken. Die Forschungsarbeiten von Eurofound haben jedoch bereits die asymmetrischen Auswirkungen dieser Veränderungen aufgezeigt und die besonderen Effekte auf bestimmte Gruppen wie junge Menschen, Frauen und Personen am Rande des Arbeitsmarktes hervorgehoben. Um sicherzustellen, dass niemand zurückgelassen wird, ist es unerlässlich, diese Ungleichheiten während der Post-Pandemie-Phase auszugleichen.

Im Rahmen von NextGenerationEU investiert die EU beispiellose Summen in weitreichende Anstrengungen, um zu gewährleisten, dass Europa aus der Pandemie stärker und widerstandsfähiger hervorgeht, und um die Vision einer klimaneutralen und digitalisierten Gesellschaft voranzutreiben. Die Bemühungen zur Unterstützung dieser Veränderungen müssen vor allem gerecht sein, nicht zuletzt, um den sozialen Zusammenhalt zu bewahren und Instabilität und politischer Unzufriedenheit vorzubeugen. Das Versprechen der EU, eine Aufwärtskonvergenz bei den Lebens- und Arbeitsbedingungen für alle Europäer zu erreichen – eine Verpflichtung, die in der europäischen Säule sozialer Rechte wiederholt und bekräftigt wurde –, war nie wichtiger als heute.

Vor diesem Hintergrund wird Eurofound ihre Arbeit fortsetzen, um Fakten, Wissen und Analysen bereitzustellen und so politische Entscheidungsträger bei der Bewältigung der Herausforderungen zu unterstützen. Wir hoffen sehr, dass dieses Arbeitsprogramm es uns ermöglichen wird, einen positiven Beitrag zu den Bemühungen um die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen aller Europäer zu leisten.



Ivailo Kalfin
Exekutivdirektor

Auftrag

Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) ist eine trilaterale Agentur der Europäischen Union.

Ihrer Gründungsverordnung¹ zufolge ist das Ziel der Agentur die Unterstützung der Organe und Einrichtungen der EU, der Mitgliedstaaten und der Sozialpartner zu dem Zweck, politische Maßnahmen zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, der Planung beschäftigungspolitischer Maßnahmen und der Förderung des Dialogs zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu gestalten und durchzuführen. Zu diesem Zweck fördert und verbreitet Eurofound Wissen, stellt zum Zwecke der Politikgestaltung Nachweise und Dienstleistungen, einschließlich forschungsbasierter Schlussfolgerungen, zur Verfügung und erleichtert den Wissensaustausch zwischen den Akteuren auf Unionsebene und nationaler Ebene.

Die Aufgabe von Eurofound besteht darin, die Entwicklung sachlich gut begründeter sozial-, beschäftigungs- und arbeitspolitischer Maßnahmen durch Fachwissen zu unterstützen.

Unsere Vision ist es, das führende Wissenszentrum in Europa zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen zu sein.

¹ Verordnung (EU) 2019/127 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Januar 2019 über die Gründung der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 1365/75 des Rates.

I. Allgemeiner Kontext für den Zeitraum 2021–2024

Die Erstellung dieses Programmplanungsdokuments erfolgt in einer Ausnahmesituation. Die Europäische Union und mit ihr die ganze Welt wurden von der COVID-19-Pandemie schwer getroffen; im Europäischen Wirtschaftsraum wurden mehr als 45 Millionen Fälle und über 850 000 Todesopfer gemeldet. Die Europäische Union hat in beispielloser Weise reagiert; die EU-Mitgliedstaaten stellten sich der Herausforderung, indem sie verschiedene Einschränkungen und gleichzeitig Maßnahmen zur Unterstützung von Unternehmen und Bürgern einführten. Die Sozialpartner haben unter anderem durch die Vereinbarung von Unterstützungsmaßnahmen und die Gewährleistung von weiterhin sicheren Arbeitsplätzen einen soliden Beitrag zu diesen Maßnahmen geleistet. Die Pandemie traf die europäische Wirtschaft in einer Zeit bereits nachlassender Konjunktur und bewirkte den größten Produktionsrückgang seit dem 2. Weltkrieg: Für das Jahr 2020 wurde ein negativer Wert von - 6,1 % für das Wirtschaftswachstum ermittelt. Der Herbstprognose 2021 der Europäischen Kommission zufolge ist jedoch 2021 ein Anstieg des BIP in der EU von rund 5,0 % und damit die Schließung der Lücke zum Produktionsniveau vor der Pandemie zu erwarten. Obwohl der Schock alle Bereiche in gleicher Weise traf, waren seine Auswirkungen auf die einzelnen Länder und Wirtschaftszweige unterschiedlich stark, unterschiedlich weitreichend und unterschiedlich lange anhaltend. Daher wird auch von einer ungleichen Erholung mit größeren und länger anhaltenden Unterschieden zwischen den EU-Mitgliedstaaten, Wirtschaftszweigen und spezifischen Gruppen ausgegangen.

Die Krise hatte erhebliche Auswirkungen auf den europäischen Arbeitsmarkt: Die Arbeitslosigkeit insbesondere von Frauen und jungen Menschen nahm zu; bei der Kurzarbeit war ein starker Anstieg zu verzeichnen, und die Möglichkeit der Telearbeit wurde in bisher nie dagewesenem Umfang genutzt. Nachdem die Arbeitslosigkeit acht Jahre lang kontinuierlich (von 11,4 % im Jahr 2013 auf 6,5 % im Februar 2020) zurückgegangen war, stieg die Quote im Laufe des Jahres 2020 erst an und war dann wieder rückläufig; für 2021 wird ein Wert von etwa 6,8 % erwartet. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden ist im ersten und zweiten Quartal 2020 um bis zu 25 % zurückgegangen, und obwohl die Zahl im Jahr 2021 wieder gestiegen ist, liegt sie immer noch unter dem Vorkrisenniveau. Bestimmte Sektoren melden inzwischen einen Arbeitskräftemangel, wobei dies in vielen dieser Sektoren bereits vor COVID-19 der Fall war. Die weite Verbreitung von Kurzarbeitsregelungen in der gesamten EU hat einen weitreichenden Arbeitsplatzverlust verhindert. Im Juni 2020 war für mehr als 42 Millionen Arbeitnehmer, d. h. für 27 % aller Arbeitnehmer in der EU Kurzarbeit beantragt worden, doch mit der Öffnung der Wirtschaft ist ein stetiger Rückgang der Zahlen zu beobachten. Seit der Verfügung von Ausgangsbeschränkungen bzw. Ausgangssperren im März 2020 gehen Millionen Arbeitnehmer ihrer beruflichen Tätigkeit in Telearbeit nach, und dies wird für viele auch in Zukunft so sein.² Obwohl die Konjunkturaussichten – in Abhängigkeit von der allgemeinen Einführung des Impfstoffs, den wiederkehrenden Ausbruchsspitzen, der Frage, inwieweit die Ausgangsbeschränkungen bzw. Ausgangssperren und Unterstützungsmaßnahmen angewandt und zurückgenommen werden, und den asymmetrischen Auswirkungen auf Wirtschaftszweige und Länder – unsicher bleiben, wird nach der Öffnung der Wirtschaft, die durch das private Sparvermögen, die starke externe Nachfrage und die Investitionstätigkeit unterstützt wird, für die Zukunft von einem kontinuierlichen stetigen Wachstum ausgegangen. Die Umsetzung

² Europäische Kommission (2020), *Employment and Social Developments in Europe 2020*, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg.

der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne im Rahmen des Programms NextGenerationEU wird eine wichtige Rolle bei den Maßnahmen zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen für die Wirtschaft und die Gesellschaft und gleichzeitig zur Vorbereitung Europas auf den Übergang in eine wettbewerbsfähigere, grüne und digitale Wirtschaft spielen. Die COVID-19-Krise und der doppelte Übergang werden mit Sicherheit strukturelle Veränderungen für den Arbeitsmarkt und seine Funktionsweise sowie für die Art und Weise, wie wir leben und arbeiten, mit sich bringen.

Die Auswirkungen der COVID-19-Krise könnten den deutlichen Anstieg der Wahrnehmung von Unsicherheit und die Sorgen um die Zukunftsaussichten nicht nur bei den am stärksten ausgegrenzten Gruppen, sondern auch in weiten Teilen der Gesellschaft noch verschärfen, was zu Spaltungen, Ernüchterung und Misstrauen in Bezug auf das „Establishment“ und nicht zuletzt in Bezug auf die Integration in die EU führen könnte.

Zugleich stehen die treibenden Kräfte hinter dem Strukturwandel in Europa weiterhin mit Demografie, Technologie, Globalisierung und Klimawandel im Zusammenhang. Der technologische Wandel schreitet zügig voran, wobei die COVID-19-Krise dieser Entwicklung noch Vorschub geleistet hat. Die Automatisierung, die nicht zuletzt durch künstliche Intelligenz (KI) ermöglicht wird, wird einerseits zum Abbau von Arbeitsplätzen, andererseits aber auch zur Schaffung von Arbeitsplätzen führen, und sie wird das Wesen der Arbeit und die Art und Weise der Zuteilung, Ausführung und Bewertung von Aufgaben verändern. Eurofound hat gezeigt, dass zwar durch den Übergang zu einer CO₂-neutralen Wirtschaft voraussichtlich mehr Arbeitsplätze geschaffen als zerstört werden, aber auch die Beschäftigungsstruktur verändert wird.³ Vor dem Hintergrund der von der EU vorgegebenen ehrgeizigen Ziele wird dieser Übergang zu weitreichenderen Herausforderungen für Leben und Arbeit führen und sollte deshalb zusammen mit den Herausforderungen betrachtet werden, die mit der Erholung von der COVID-19-Krise verbunden sind.

Eine weitere strukturelle Veränderung für die EU bedeutet die Verkleinerung von 28 auf 27 Mitgliedstaaten. 2020 endete die Brexit-Übergangsphase und es begann eine neue Beziehung zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich.

Durch den demografischen Wandel werden zahlreiche aktuelle Probleme verschärft. Eine alternde Bevölkerung wie im Falle Europas verschärft den Arbeitskräftemangel sowie das Missverhältnis zwischen vorhandenen und benötigten Qualifikationen und stellt die (langfristige) Gesundheitsversorgung sowie die Tragfähigkeit und Angemessenheit der Renten und Pensionen vor große Herausforderungen. Vorausschätzungen zufolge wird sich die Bevölkerung Afrikas bis 2050 verdoppeln (Weltbevölkerungsprognose 2017 der Vereinten Nationen), und auch andere Regionen werden voraussichtlich Herkunftsregionen von Migranten bleiben. Diese Kombination aus geringem Bevölkerungswachstum in der EU und einem Bevölkerungsboom in den Nachbarregionen dürfte den Migrationsdruck weiter erheblich erhöhen und die Integrationsfähigkeit der Gesellschaften und Unternehmen in Europa einer starken Belastungsprobe aussetzen, woraus sich wiederum Probleme für den Zusammenhalt der EU ergeben könnten. Der Strukturwandel bringt viele Herausforderungen für die Beschäftigung sowie die Lebens- und Arbeitsbedingungen mit sich, kann aber auch eine

³ Eurofound (2019), *The future of manufacturing in Europe*, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg.

Chance bieten, um Fortschritte auf dem Weg zu einem integrativeren, innovativeren und nachhaltigeren Europa zu erzielen.

Um diese wichtigen Fragen verstehen und beeinflussen zu können, ist es zunächst notwendig, ihre Entwicklung regelmäßig zu überwachen. Während des Gipfeltreffens in Porto am 7. Mai 2021 wurde hervorgehoben, dass der Schwerpunkt weiterhin auf Fragen liegen dürfte, die den sozialen Zusammenhalt und die Angleichung hin zu einer Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen betreffen. Es sollte auch darauf geachtet werden, dass die Anpassung des Arbeitsmarkts an den bevorstehenden Strukturwandel nicht nur zu einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und einem Beschäftigungsaufbau, sondern auch, wie in der Jahrhunderterklärung der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) vom Juni 2019 festgestellt, zu „eine[m] gerechten Übergang zu einer Zukunft der Arbeit [führt], die zur nachhaltigen Entwicklung in ihrer wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Dimension beiträgt“.⁴ Es liegt auf der Hand, dass die Auswirkungen der Pandemie, die in der Folge beschlossenen Aufbaumaßnahmen und die verschiedenen Übergänge zwangsläufig einen gewissen asymmetrischen Verteilungseffekt haben werden; wichtig ist jedoch, dass diese Effekte eine gerechte Wirkung haben.

Kontext für die politischen Strategien der EU

- Die Einrichtungen der EU haben seit Beginn der Pandemie bisher nie dagewesene Abhilfemaßnahmen gegen die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Krise eingeleitet. In den Bereichen, die für den Auftrag von Eurofound von besonderem Interesse sind, billigte der Europäische Rat die Anwendung der allgemeinen Ausweichklausel des Stabilitäts- und Wachstumspakts und stellte fest, dass die Anwendung eine zeitnahe, befristete und gezielte Wirkung hat und den Mitgliedstaaten die Unterstützung ihrer Gesundheits- und Sozialschutzsysteme sowie den Schutz ihrer Volkswirtschaften ermöglicht. Die Anwendung der Ausweichklausel ist bis 2023 vorgesehen. Im Mai 2020 nahm der Rat das befristete Programm SURE mit einem Gesamtvolumen von 100 Milliarden Euro an Darlehen für die Mitgliedstaaten an. Im Jahr 2020 profitierten davon zwischen 25 und 30 Millionen Menschen und zwischen 1,5 und 2,5 Millionen Unternehmen in 18 EU-Ländern, indem nationale Kurzarbeitsregelungen und ähnliche Maßnahmen, auch für Selbstständige, sowie einige gesundheitsbezogene Maßnahmen, insbesondere am Arbeitsplatz, als Reaktion auf die Krise unterstützt wurden.⁵ Der erste der zwei Mal jährlich erscheinenden Berichte über die Umsetzung des Instruments SURE wurde im März 2021 veröffentlicht. Am 4. März 2021 veröffentlichte die Kommission ihre Empfehlung über wirksame aktive Beschäftigungsförderung (EASE), in der sie schwerpunktmäßig die Förderung eines beschäftigungsintensiven Aufschwungs und der Entwicklung von Kompetenzen sowie die Unterstützung von Menschen beim Wechsel zu neuen qualitativ hochstehenden Arbeitsplätzen vorschlägt.
- Darüber hinaus legte die Kommission am 4. März 2021 ihre sozialpolitische Strategie für die nächsten zehn Jahre vor: einen [Aktionsplan zur Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte](#). Der Aktionsplan war zentraler Gegenstand einer informellen Zusammenkunft der Staats-

⁴ Die Jahrhunderterklärung der IAO für die Zukunft der Arbeit wurde auf der 108. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz am 21. Juni 2019 in Genf verabschiedet.

⁵ Europäische Kommission (2021), *Bericht der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Wirtschafts- und Finanzausschuss und den Beschäftigungsausschuss, Bericht über das Europäische Instrument zur vorübergehenden Unterstützung bei der Minderung von Arbeitslosigkeitsrisiken in einer durch den COVID-19-Ausbruch verursachten Krise gemäß Artikel 14 der Verordnung des Rates (EU) 2020/672*.

und Regierungschefs am 7. und 8. Mai 2021 in Porto, die mit der Unterzeichnung der [Erklärung von Porto für soziales Engagement](#) durch Vertreter der Einrichtungen der EU, der europäischen Sozialpartner und der Zivilgesellschaft endete. Der Aktionsplan beinhaltet drei Kernziele sowie mehrere Unterziele, die bis 2030 erreicht werden sollen: 1. Bis 2030 sollen mindestens 78 % der Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren erwerbstätig sein; 2. Mindestens 60 % aller Erwachsenen sollen jedes Jahr an einer Weiterbildungsmaßnahme teilnehmen; und 3. Die Zahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen soll bis 2030 um mindestens 15 Millionen verringert werden. Die Kommission schlägt in dem Aktionsplan eine Überarbeitung des sozialpolitischen Scoreboards vor; für die Überwachung der Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte im Rahmen des Europäischen Semesters sollen vier neue Leitindikatoren eingeführt werden. Für das Arbeitsprogramm von Eurofound ist der Aktionsplan von zentraler Bedeutung, und er wird diese Bedeutung auch in Zukunft haben.

- Zentrale Elemente für die Arbeit von Eurofound im Jahr 2022 sind auch der im Juni 2021 angenommene neue Strategische Rahmen für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2021–2027⁶, der Ende 2021 vorgelegte Legislativvorschlag zu den Arbeitsbedingungen von für Online-Plattformen tätigen Arbeitnehmern, die Aufforderung an die Sozialpartner in der EU zur Weiterverfolgung ihrer autonomen Rahmenvereinbarung zur Digitalisierung, die angekündigte Initiative der Kommission, sicherzustellen, dass das EU-Wettbewerbsrecht Tarifverträgen von (einigen) Selbstständigen nicht im Wege steht, und die Initiative, den sozialen Dialog auf EU-Ebene und auf nationaler Ebene zu unterstützen.
- Darüber hinaus hat die Kommission im Bereich der Sozialpolitik im Juni 2021 eine Europäische Plattform zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit eingeführt und wird im Jahr 2022 eine Europäische Pflegestrategie vorschlagen, einschließlich einer Initiative zur Langzeitpflege, der Überarbeitung der Barcelona-Ziele und einer Empfehlung des Rates zum Mindesteinkommen. Sie hat außerdem eine hochrangige Expertengruppe eingesetzt, die die Zukunft des Wohlfahrtsstaats untersuchen soll.
- Hinsichtlich der abschließenden Annahme der vorgeschlagenen EU-Rechtsinstrumente hat der Rat der Europäischen Union am 14. Juni 2021 die Empfehlung für die Schaffung einer Europäischen Garantie für Kinder verabschiedet. Der Rat und das Europäische Parlament haben das Verfahren für die Annahme ihrer Stellungnahme zu der Richtlinie über angemessene Mindestlöhne in der Europäischen Union und der [Richtlinie zur Lohntransparenz](#) eingeleitet.
- Was die Umsetzung von EU-Recht anbelangt, müssen zwei Richtlinien aus dem Jahr 2019, die für den Auftrag von Eurofound besonders wichtig sind, bis August 2022 in nationales Recht übertragen werden: die Richtlinie zur Vereinbarung von Beruf und Privatleben und die Richtlinie über transparente und vorhersehbare Arbeitsbedingungen. Ende 2022 wird die Kommission auch ihren Fünfjahresbericht über die Durchführung der Arbeitszeitrichtlinie vorlegen.
- Parallel dazu wird die EU ihre mittelfristigen spezifischen Strategien und insbesondere die [EU-Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2020–2025](#), die [LGBTIQ-Gleichstellungsstrategie](#), einen [strategischen Rahmen für die Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe der Roma](#) und die im März 2021 vorgestellte [Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen](#) weiter umsetzen.
- Was die EU-Mittel anbelangt, hat der Europäische Rat am 17. Dezember 2020 den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021–2027 und das NextGenerationEU-Aufbauprogramm mit einem

⁶ COM(2021) 323 final.

Gesamtvolumen von 2 018 Billionen Euro aufgelegt. Am 19. Februar 2021 trat die [Aufbau- und Resilienzfazilität](#) in Kraft. Über diese Fazilität werden 723,8 Mrd. Euro in Form von Darlehen und Zuschüssen zur Verfügung gestellt, die für die Unterstützung von Strukturreformen und Investitionen in den Mitgliedstaaten zur Abfederung der wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Pandemie vorgesehen sind und sicherstellen sollen, dass „Wirtschaft und Gesellschaft in Europa nachhaltiger und krisenfester werden und besser auf die Herausforderungen und Chancen des ökologischen wie digitalen Wandels vorbereitet“ sind. Im Frühjahr 2021 legten die Mitgliedstaaten der Kommission ihre nationalen Aufbau- und Resilienzpläne vor, die vorsehen, mindestens 37 % der Mittel für Investitionen in das Klima und in Reformen und mindestens 20 % für die Förderung des digitalen Übergangs zu verwenden. Bis Ende 2021 hatte der Rat die meisten dieser einzelstaatlichen Pläne gebilligt, sodass die Vorfinanzierung ausgezahlt werden konnte.

- Die langfristigen Herausforderungen schlagen sich in den politischen Rahmenbedingungen der EU nieder; die EU, ihre Mitgliedstaaten und die Sozialpartner verfolgen das gemeinsame Ziel, die Lebens- und Arbeitsbedingungen in Europa zu erhalten und zu verbessern. Die EU und die Mitgliedstaaten haben mehrere Initiativen im Rahmen der europäischen Säule sozialer Rechte, der Strategischen Agenda des Rates der EU für 2019–2024 und der politischen Leitlinien für die Europäische Kommission 2019–2024 ergriffen oder vorgeschlagen. Darüber hinaus begleiten die Sozialpartner den Transformationsprozess auf verschiedenen Ebenen und sind im Rahmen des sozialen Dialogs gut aufgestellt, um ausgewogene Maßnahmen und Lösungen zu entwickeln, die zum wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt beitragen.
- Der Europäische Rat hat seine am 20. Juni 2019 angenommene Strategische Agenda für 2019–2024 beibehalten, die vier zentrale Prioritäten vorsieht: Schutz der Bürgerinnen und Bürger und der Freiheiten, Entwicklung einer soliden und dynamischen wirtschaftlichen Basis, Verwirklichung eines klimaneutralen, grünen, fairen und sozialen Europas und Förderung der Interessen und Werte Europas in der Welt. Abgestimmt auf die Strategische Agenda des Europäischen Rates stellte Ursula von der Leyen am 16. Juli 2019 als Kandidatin für das Amt der Präsidentin der Europäischen Kommission dem Europäischen Parlament die Politischen Leitlinien für die Europäische Kommission 2019–2024 mit sechs übergreifenden Zielen vor: ein europäischer Grüner Deal; eine Wirtschaft, deren Rechnung für die Menschen aufgeht; ein Europa, das für das digitale Zeitalter gerüstet ist; Schützen, was Europa ausmacht; ein stärkeres Europa in der Welt; und neuer Schwung für die Demokratie in Europa.
- Im Mai 2021 haben der Rat und das Parlament eine vorläufige politische Einigung über das europäische Klimagesetz erzielt, wobei das Ziel einer klimaneutralen EU bis 2050 und die kollektive Zielvorgabe, die Netto-Treibhausgasemissionen (Emissionen nach Abzug des Abbaus) bis 2030 gegenüber 1990 um mindestens 55 % zu senken, rechtlich verankert werden. Im Juli 2021 stellte die Kommission ein umfassendes Gesetzespaket „Fit for 55“ vor, mit dem die Instrumente zur Unterstützung der Erreichung des im Klimagesetz vorgegebenen Ziels, unter anderem der soziale Klimafonds, bereitgestellt werden sollen. Im Dezember 2021 wird die Kommission eine Empfehlung des Rates für den Umgang mit den sozialen und arbeitsbezogenen Aspekten des klimabedingten Wandels vorschlagen. In Bezug auf die digitale Strategie schlug die Kommission im März 2021 einen [Digitalen Kompass 2030: der europäische Weg in die digitale Dekade](#) vor; in diesem Kompass sind die Kernziele festgelegt, die bis Ende des Jahrzehnts erreicht werden sollen. Zu diesen Zielen gehört, dass 80 % der Erwachsenen zumindest über digitale Grundkenntnisse verfügen, 20 Millionen IKT-Experten beschäftigt werden und die

öffentlichen Dienste digitalisiert werden. 2022 wird die Kommission eine Empfehlung des Rates für die Verbesserung des Erwerbs von digitalen Kompetenzen vorlegen.

- Am 9. Mai 2021 wurde in Straßburg eine weitere wichtige Initiative vorgestellt, die die Weichen für die kommenden Jahre stellen wird. Die Konferenz zur Zukunft Europas führt alle Einrichtungen der EU und nationalen Vertreter zusammen; sie dauert ein Jahr lang bis 2022. Die Endergebnisse der Konferenz werden in einem Bericht an den gemeinsamen Vorsitz (Europäisches Parlament, Rat, Kommission) vorgelegt. Die drei Organe werden zügig wirksame Maßnahmen zur Weiterverfolgung dieses Berichts jeweils in Bezug auf den eigenen Zuständigkeitsbereich und in Einklang mit den Verträgen prüfen.
- Nicht zuletzt ist die Rolle der Sozialpartner bei der Entwicklung von Lösungen, die den Bedürfnissen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gerecht werden, eine zentrale Erwägung für die Arbeit von Eurofound. In der Jahrhunderterklärung der IAO vom Juni 2019 wurde festgestellt, dass „die Erfahrungen des vergangenen Jahrhunderts bestätigt haben, dass die anhaltenden und abgestimmten Maßnahmen von Regierungen und Vertretungen der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sowie der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für die Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit, Demokratie und die Förderung von universellem und dauerhaftem Frieden unverzichtbar sind“. Darüber hinaus leisten die Sozialpartner in der gegenwärtigen turbulenten Phase einen kontinuierlichen Beitrag zur Aushandlung von Unterstützungsmaßnahmen, zur Gewährleistung sicherer Arbeitsplätze und zur Bewältigung des Einbruchs auf dem Arbeitsmarkt infolge der COVID-19-Krise. Im Einklang mit ihrem gemeinsamen Arbeitsprogramm 2019–2021 haben die EU-Sozialpartner eine autonome Rahmenvereinbarung über Digitalisierung angenommen und Sitzungen zu Arbeitsmärkten und Sozialsystemen organisiert, die sich schwerpunktmäßig mit Qualifikationen, aktiver Arbeitsmarktpolitik und Kinderbetreuung befassen. Dabei werden auch psychosoziale Aspekte und Risiken am Arbeitsplatz, der Aufbau von Kapazitäten für einen verstärkten sozialen Dialog und die Kreislaufwirtschaft behandelt. Weitere Aktivitäten werden in einem späteren gemeinsamen Arbeitsprogramm vereinbart.

Institutioneller Kontext

Am 17. Dezember 2020 nahm der Europäische Rat den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für den Zeitraum 2021–2027 an. Gemäß dem aktuellen Vorschlag der Kommission ist der allgemeine Zuschuss für Eurofound auf 22 051 000 EUR für das Jahr 2022 festgesetzt und real (Ausgleich der jährlichen Inflation möglich) bis 2027 eingefroren. Eurofound prüft derzeit aktiv Möglichkeiten zur weiteren Senkung von Kosten, Steigerung der Effizienz und Hebung zusätzlicher Synergien. Aufgrund der Finanzprognose wird die Fähigkeit von Eurofound, bei der Erfüllung ihres Auftrags die erwarteten Standards einzuhalten, einer harten Prüfung unterzogen, insbesondere im Hinblick auf die Erhebung von Daten und die Beobachtung von Trends bei den Lebens- und Arbeitsbedingungen. Vor diesem Hintergrund wird Eurofound in alternative Maßnahmen investieren müssen, um ihre Aufgaben wahrzunehmen, wie z. B. die Auswahl einer begrenzten Anzahl von Prioritäten und die Auslotung von Möglichkeiten der Zusammenarbeit und des Aufbaus von Partnerschaften, vor allem mit anderen Agenturen und Organen der EU.

Insgesamt ist Eurofound gemäß dem ergebnisorientierten Managementansatz der EU-Agenturen verpflichtet, langfristige ökologische, soziale und finanzielle Nachhaltigkeit sicherzustellen.

II. Mehrjähriges Arbeitsprogramm und Arbeitsprogramm 2022

Einleitung

Wie im vorstehenden Kapitel ausgeführt, werden die Prioritäten von Eurofound für den Zeitraum 2021–2024 von den zentralen Herausforderungen für den sozialen Zusammenhalt und für gerechte Übergänge in einem sich wandelnden Umfeld nach der COVID-19-Krise bestimmt. Die Agentur konzentriert sich auf Themen, bei denen sie auf ihre Kernkompetenzen in den Bereichen Arbeitsbedingungen, Arbeitsbeziehungen, Beschäftigung und Lebensbedingungen zurückgreifen kann, um ihre Interessenträger durch Bereitstellung von Fakten, die als Grundlage für deren politische Maßnahmen dienen können, zu unterstützen.

Das Programmplanungsdokument 2021–2024 umfasst sechs strategische Bereiche, die durch folgende operative Tätigkeiten umgesetzt werden:

Die ersten vier entsprechen dem Auftrag gemäß der Gründungsverordnung der Agentur.⁷

- 1. Arbeitsbedingungen und nachhaltige Arbeit:** Bereitstellung vergleichender Daten und Analysen, die dafür genutzt werden können, die Arbeitsplatzqualität zu verbessern und die Nachhaltigkeit der Arbeit über das gesamte Leben hinweg in einem von transformativen Veränderungen gekennzeichneten Arbeitsmarkt zu fördern. Die Daten und Analysen dienen politischen Entscheidungsträgern zur Information über die Entwicklungen, wobei Chancen und Herausforderungen besonders hervorgehoben werden.
- 2. Arbeitsbeziehungen und sozialer Dialog:** Wirken als Kompetenzzentrum für die Beobachtung und Analyse von Entwicklungen in den Bereichen Arbeitsbeziehungen und sozialer Dialog und für die Förderung des Dialogs zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Mit dieser Tätigkeit entspricht Eurofound der Notwendigkeit, den sozialen Dialog zu unterstützen und vergleichende Daten über nationale institutionelle Gegebenheiten und Entwicklungen sowie über Maßnahmen der europäischen Sozialpartner bereitzustellen und auf diese Weise die Bedeutung des sozialen Dialogs für die Berücksichtigung der politischen Prioritäten und der kontextuellen Herausforderungen und Chancen widerzuspiegeln, die im vorstehenden Kapitel beleuchtet wurden.
- 3. Beschäftigung und Arbeitsmärkte:** Bereitstellung von Wissen für die Erkennung von Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und für die Untermauerung von beschäftigungspolitischen Strategien im Hinblick auf die Verbesserung der Funktionsweise und der Integration in einem raschen Veränderungen unterworfenen Arbeitsmarkt.
- 4. Lebensbedingungen und Lebensqualität:** Abbildung und Analyse zentraler Elemente für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen, einschließlich Informationen über die Wahrnehmung der Lebensqualität und der Gesellschaft. Bei dieser Tätigkeit werden Fakten und forschungsbasierte Schlussfolgerungen für das Verständnis der Herausforderungen erarbeitet, mit denen die Bevölkerung konfrontiert ist, wobei insbesondere auf die

⁷ Artikel 1 Absatz 2: „Die Ziele der Stiftung sind die Erweiterung und Verbreitung von Kenntnissen zur Unterstützung der Kommission, anderer EU-Organe und -Einrichtungen, der Mitgliedstaaten und der Sozialpartner bei der Gestaltung und Durchführung politischer Maßnahmen zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, bei der Förderung beschäftigungspolitischer Maßnahmen und bei der Förderung des Dialogs zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.“

20 Grundsätze der europäischen Säule sozialer Rechte und den doppelten grünen und digitalen Übergang Bezug genommen wird.

Darüber hinaus wird Eurofound die politischen Herausforderungen in zwei themenübergreifenden Tätigkeiten angehen.

5. **Frühzeitige Erkennung und Umgang mit den Auswirkungen des Wandels:** Bereitstellung von Fakten über strukturelle Veränderungen, die im Wesentlichen durch die Digitalisierung und den Klimawandel, aber auch die COVID-19-Krise vorangetrieben werden; sie können dazu dienen, gerechte Übergänge zu gewährleisten, die die Beschäftigung, gute Arbeitsbedingungen, den Sozialschutz und die Rechte der Arbeitnehmer fördern und zugleich Arbeitsproduktivität, Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand steigern, wie es in der europäischen politischen Agenda dargelegt ist.
6. **Förderung des sozialen Zusammenhalts und der Konvergenz:** Beitrag zur politischen Debatte über Gerechtigkeit und Bereitstellung von Informationen, die als Grundlage für politische Maßnahmen zur Verbesserung des sozialen Zusammenhalts und zur Förderung der Konvergenz hin zu besseren Lebens- und Arbeitsbedingungen in der EU dienen. Bei dieser Tätigkeit werden sowohl qualitative als auch quantitative Fakten zusammengestellt, die in Zusammenhang mit der europäischen Säule sozialer Rechte und den anschließenden Maßnahmen stehen.



Bei der Analyse in diesen strategischen Bereichen werden die Beobachtungsinstrumente von Eurofound herangezogen. Dazu zählen die Erhebungen von Eurofound, die wertvolle Informationen über die bisherigen operativen Tätigkeiten bereitstellen werden. Darüber hinaus wird Eurofound angesichts des sich verändernden politischen Kontexts flexible Kapazitäten vorhalten, um auf Ad-hoc-Ersuchen und neue Anforderungen der Interessenträger während des Programmplanungszeitraums reagieren zu können. Vor diesem Hintergrund sind für die Durchführung des Programms zwei zusätzliche operative Tätigkeiten vorgesehen:

7. Management und Entwicklung von Erhebungen

8. Reaktion auf Ad-hoc-Auskunftersuchen

Schließlich wird das vorliegende Programmplanungsdokument durch zwei horizontale Tätigkeiten ergänzt:

9. Institutionelle Kommunikation

10. Management und Entwicklung

1. Mehrjährige Ziele

Das strategische Ziel von Eurofound für den Programmplanungszeitraum 2021–2024 lautet:

Bereitstellung von wissenschaftlich fundiertem, unvoreingenommenem, zeitnahe und politisch relevantem Wissen, das zu sachlich gut begründeten politischen Maßnahmen zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen und zur Stärkung des Zusammenhalts in einem sich wandelnden Europa beiträgt.

Durch den Beitrag von Eurofound in den einzelnen strategischen Bereichen sollen die politischen Entscheidungsträger Informationen erhalten, um:

- die Arbeitsplatzqualität zu verbessern und die Nachhaltigkeit der Arbeit über das gesamte Leben hinweg zu stärken (Arbeitsbedingungen und nachhaltige Arbeit);
- den Dialog zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu fördern (Arbeitsbeziehungen und sozialer Dialog);
- das Funktionieren und den integrativen Charakter des Arbeitsmarktes zu verbessern (Beschäftigung und Arbeitsmärkte);
- die Lebensqualität und die Gesellschaft zu verbessern (Lebensbedingungen und Lebensqualität);
- gerechte Übergänge zu gewährleisten, die die Beschäftigung, gute Arbeitsbedingungen, den Sozialschutz und die Rechte der Arbeitnehmer fördern und zugleich die Arbeitsproduktivität, die Wettbewerbsfähigkeit und den Wohlstand steigern (Frühzeitige Erkennung und Umgang mit den Auswirkungen des Wandels);
- den sozialen Zusammenhalt zu verbessern und die Konvergenz hin zu besseren Lebens- und Arbeitsbedingungen zu fördern (Förderung des sozialen Zusammenhalts und der Konvergenz).

Als leistungsstarke Organisation wird die Agentur ihre finanziellen und personellen Ressourcen nach den Grundsätzen einer wirtschaftlichen Haushaltsführung und auf Basis der kontinuierlichen Weiterentwicklung der Bediensteten wirksam und effizient einsetzen.

Leistungsbeobachtung

Eurofound bedient sich verschiedener Instrumente, um ihre Leistung im Hinblick auf das Erreichen der erwarteten Ergebnisse zu beobachten, zu analysieren und darüber zu berichten.⁸

Anhand zentraler Leistungsindikatoren (KPI) wird die Leistung von Eurofound in den Bereichen gemessen, die besonders wichtig für die Verwirklichung des strategischen Ziels der Organisation sind. Diese KPI werden durch Parameter über Inputs, Outputs (Leistungen) und Ergebnisse ergänzt. Die Analyse der Leistungsdaten unterstützt die Leitung bei der effizienten und wirksamen Umsetzung des Tätigkeitsprogramms.

Regelmäßige Rückmeldungen und Evaluierungen der Interessenträger, einschließlich von der Europäischen Kommission durchgeführter externer Evaluierungen, vertiefen das Verständnis dafür, inwieweit die Qualität und Relevanz der Arbeit und des Fachwissens von Eurofound von ihren Interessenträgern genutzt und gewürdigt werden. Siehe auch *Anhang IX: Evaluierungen*.

Zentrale Leistungsindikatoren

Ergebnisindikatoren

Politische Relevanz (und Aktualität) der Beiträge zur Politikgestaltung und zur politischen Debatte gemessen an:

- der Nutzung des Fachwissens von Eurofound in Grundsatzdokumenten auf europäischer Ebene;
- dem Austausch von Eurofound mit ihren Interessenträgern in Sitzungen und Veranstaltungen;
- der Nutzung des Wissens von Eurofound durch die Medien;
- der Nutzung des Wissens von Eurofound über die Website und andere Plattformen der Agentur sowie Auseinandersetzung mit dem Wissen von Eurofound.

Verlässlichkeit und Unabhängigkeit des bereitgestellten Wissens:

- Anerkennung der wissenschaftlichen Qualität der Forschungsarbeiten von Eurofound.

Input- und Output-Indikatoren

Wirksamer und effizienter Einsatz finanzieller und personeller Ressourcen gemessen an:

- Haushaltsvollzug;
- effizienter Nutzung der im Stellenplan verfügbaren Planstellen;
- Programmumsetzung.

Die meisten dieser zentralen Leistungsindikatoren werden auch für die einzelnen Tätigkeiten herangezogen (siehe Erläuterungen hierzu in *Anhang IX: Evaluierungen*).

⁸ Gemäß einer Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen (2015) werden die ausgewählten zentralen Leistungsindikatoren und die Beobachtungsinstrumente auch für die Leistungsbeurteilung des Exekutivdirektors herangezogen.

2. Operative Tätigkeiten

2.1 Tätigkeit 1: Arbeitsbedingungen und nachhaltige Arbeit

Mehrjährige Perspektive

Überblick

Im Programmplanungszeitraum 2021–2024 wird die Agentur weiterhin die Entwicklungen im Bereich der Arbeitsbedingungen beobachten. Die Veränderungen im Zeitverlauf und die erzielten Fortschritte in den verschiedenen Dimensionen der Arbeitsplatzqualität werden nach Möglichkeit bewertet und die Erkenntnisse für die einzelnen Länder und Gruppen von Arbeitnehmern verglichen. Dazu gehört auch eine Analyse der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Arbeitsbedingungen und die Arbeitsplatzqualität, insbesondere in Bezug auf Änderungen der Arbeitsorganisation wie Telearbeit, Schichtarbeit und angepasste Arbeitsplätze. Besondere Schwerpunkte werden atypische Beschäftigungsformen und Selbstständige sein. Eurofound wird zudem, aufbauend auf dem von ihr entwickelten Konzept der nachhaltigen Arbeit, anhand von Fakten belegen, welche Faktoren gegeben sein müssen, damit mehr Arbeitnehmer länger erwerbstätig sind, welche Bedingungen verbessert werden müssen und wie dies erreicht werden kann.

Zu Beginn des Programmplanungszeitraums erhob Eurofound im Rahmen der Europäischen Erhebung über die Arbeitsbedingungen (EWCS) neue Daten. Infolge der COVID-19-Krise wurden diese Daten in computergestützten Telefoninterviews (CATI) zusammengetragen. Trotz dieser Neuerung gegenüber den vorangegangenen Erhebungswellen, bei denen persönliche Befragungen vorgenommen wurden, wird es Eurofound möglich sein, Vergleichsdaten über die Arbeitsplatzqualität der Arbeitnehmer in Europa im Jahr 2021 vorzulegen. Hierbei wird der bestehende Rahmen mit sieben Dimensionen der Arbeitsplatzqualität zugrunde gelegt.⁹ Die Möglichkeiten der Analyse von Trends im Zeitverlauf werden angesichts der Änderung des Modus für die Durchführung der Erhebung begrenzt sein; dennoch werden sie geprüft.

Zudem werden Sekundäranalysen des Datensatzes 2021 durchgeführt. Für weitere Analysen der Arbeitsbedingungen können Daten der Europäischen Unternehmenserhebung (ECS) 2019 genutzt werden; eine neue Erhebungswelle könnte in der Zukunft vorgesehen werden, wenn eine entsprechende Zusammenarbeit mit anderen Agenturen und Organisationen vereinbart werden kann.

Bei der Analyse der Arbeitsbedingungen und der Arbeitsplatzqualität werden die längerfristigen strukturellen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie besonders beleuchtet. Unter anderem wird untersucht, ob bestimmte Formen der Arbeitsorganisation oder Arbeitsregelungen, die im Laufe des Jahres 2020 verstärkt zum Einsatz kamen, wie Telearbeit, Anpassung von Arbeitsplätzen, Schichtarbeit und Versetzungen, aber auch die Berücksichtigung von Gesundheits- und Sicherheitsstandards am Arbeitsplatz, vorübergehende Erscheinungen waren, die auf die Zeit des Lockdowns beschränkt waren, oder ob diese „natürlichen Experimente“ zu den strukturellen Veränderungen führen, die das Wohlbefinden der Arbeitnehmer nachhaltig beeinflussen. Die

⁹ Die sieben Dimensionen der Arbeitsplatzqualität sind physische Umwelt, Arbeitsintensität, Arbeitszeitqualität, soziales Umfeld, Qualifikation und Entscheidungsfreiheit, Aussichten sowie Verdienst.

Zusammenarbeit mit der EU-OSHA im Bereich Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz wird fortgesetzt.

Bei der Untersuchung selbstständiger Beschäftigung wird der Schwerpunkt auf die Arbeitsplatzqualität gelegt, es werden aber auch Fragen wie etwa der wirtschaftlichen Abhängigkeit und Eigenständigkeit, der Vertretung und des Sozialschutzes beleuchtet. Atypische Beschäftigungsformen werden in Bereichen berücksichtigt, in denen sie verstärkt zum Einsatz kommen oder politische Fragen aufwerfen. Sie werden auch in Tätigkeit 5 (Frühzeitige Erkennung und Umgang mit den Auswirkungen des Wandels) behandelt, soweit es sich um neue Beschäftigungsformen handelt, die mit den ermittelten Ursachen des Wandels zusammenhängen und erhebliche Auswirkungen auf die Beschäftigung, die Arbeitsbedingungen und den Sozialschutz haben können. Es wird die Frage untersucht, ob die Arbeitsmarktinstitutionen den vorgesehenen Zweck erfüllen und Beschäftigung auf einem flexiblen Arbeitsmarkt gewährleisten, der gute Arbeitsbedingungen und Schutz garantiert.

Das Bestreben, die Arbeitsbedingungen und die Arbeitsplatzqualität zu verbessern, steht zudem mit der Anforderung im Zusammenhang, den Auswirkungen des demografischen Wandels zu begegnen. Aufgrund des demografischen Wandels, d. h. niedriger Geburtenraten und höherer Lebenserwartung, kann es erforderlich werden, mehr Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt zu integrieren oder sie länger im Erwerbsleben zu halten. Auf der Grundlage früherer Forschungsarbeiten zu den Faktoren, die eine nachhaltigere Arbeit begünstigen, könnte Eurofound die Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen von Arbeitnehmern, Unternehmenspraktiken sowie Konzepte außerhalb des Arbeitsplatzes untersuchen, die sich als wirksam erwiesen haben, um die Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer zu erhöhen und/oder das Erwerbsleben zu verlängern.

Vor dem Hintergrund des längerfristig angelegten Ansatzes für die Erhebungen von Eurofound wurde eine Machbarkeitsstudie mit verschiedenen Szenarien zur Zukunftsfähigkeit der Erhebungen von Eurofound ausgearbeitet und in einer Lenkungsgruppe erörtert. Auf der Grundlage der Studie und der Erörterung wurde beschlossen, dass Eurofound im Jahr 2024 die EWCS durchführen und dabei einige Fragen zu den Arbeits- und Lebensbedingungen aufnehmen wird, die in Bezug auf die Folgen der COVID-19-Pandemie relevant sind. Die Teilnehmer dieser Erhebung werden persönlich angeworben. Die Mehrheit dieser Teilnehmer wird auch persönlich befragt, damit sichergestellt ist, dass die Ergebnisse der Erhebung mit früheren Erhebungswellen der EWCS verglichen werden können. Um die Umstellung der Erhebungen von Eurofound auf Online-Datenverwaltung vorzubereiten, ist geplant, eine kleinere zufällig ausgewählte Teilstichprobe von Teilnehmern zu ziehen, um das Interview online durchzuführen. Dadurch wird bei einer Reihe ausgewählter Fragen aus der EWCS ein Vergleich der Antworten zwischen den beiden unterschiedlichen Verwaltungsmodi ermöglicht. Außerdem können die Auswirkungen des Übergangs zu einem internetbasierten Ansatz („Push-to-Web“) auf die Erhebungseffizienz und die Datenqualität geprüft werden. Bei dieser Erhebung 2024 werden die Teilnehmer gefragt, ob sie bereit sind, eine Reihe von Online-Folgefragebogen zu beantworten. Diese Folgefragebogen werden Fragen aus der EWCS enthalten, die im ursprünglichen Fragebogen nicht gestellt wurden; auf diese Weise wird die Auswahl der Variablen erweitert, anhand derer Trendbrüche erfasst werden können. Dieses Element ermöglicht es auch, die Wirksamkeit der Anwerbung von Erhebungsteilnehmern für Folgefragebogen, die Auswirkungen der anfänglichen Ablehnung der Beantwortung dieser Folgefragebogen sowie die

Folgen der späteren Fluktuation der Teilnehmergruppe für die Zusammensetzung der Stichprobe zu prüfen.

Weitere Analysen der Arbeitsbedingungen werden im Rahmen der beiden Querschnittstätigkeiten erfolgen, die die Auswirkungen des Wandels (Tätigkeit 5) sowie den sozialen Zusammenhalt und die Konvergenz (Tätigkeit 6) zum Gegenstand haben.

Ziele

Mit dieser Tätigkeit soll der Herausforderung begegnet werden, die Arbeitsplatzqualität zu verbessern und die Arbeit über das gesamte Leben hinweg nachhaltig zu gestalten, indem den politischen Entscheidungsträgern Fakten und Zahlen zu den Arbeitsbedingungen und Daten zu den Entwicklungen im Bereich der Arbeitsplatzqualität zur Verfügung gestellt werden. Letzteres wird darauf ausgerichtet sein, dringliche Probleme und spezifische Risikogruppen zu ermitteln und zu analysieren, auch im Lichte der Auswirkungen der COVID-19-Krise. Durch die Bereitstellung von Wissen über politische Maßnahmen, die mit Erfolg zur Verbesserung der Arbeitsplatzqualität und zur Stärkung der Nachhaltigkeit der Arbeit beigetragen haben, wird Eurofound die Maßnahmen der Politik unterstützen.

Erwartete Ergebnisse

Bis zum Ende des Programmplanungszeitraums wird Eurofound Fakten vorgelegt haben, die nachweislich für ein breites Spektrum verabschiedeter und geplanter Rechtsinstrumente relevant sind, beispielsweise in Bezug auf Arbeitszeit, Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung.

Forschungsarbeiten im Zusammenhang mit den Auswirkungen von COVID-19 auf die Arbeitsbedingungen können in neue Debatten einfließen, beispielsweise über Regelungen der Telearbeit (einschließlich des Rechts auf Nichterreichbarkeit), Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, Gestaltung von Arbeitsplätzen und Arbeitsorganisation sowie Ausbildungs- und Qualifizierungsoptionen. Die Zusammenarbeit mit der EU-OSHA im Bereich Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz wird fortgesetzt.

Datenpunkte zu den Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der EU im Jahr 2021 und die Analyse ihrer Arbeitsplatzqualität werden es den zuständigen politischen Entscheidungsträgern und/oder Bewertern ermöglichen, im Anschluss an die COVID-19-Krise eine Momentaufnahme der Arbeitsbedingungen und der Arbeitsplatzqualität zu erstellen, vor deren Hintergrund die Auswirkungen regulatorischer und „weicher“ Initiativen, einschließlich jener, die im Rahmen der europäischen Säule sozialer Rechte eingeführt wurden (z. B. die Richtlinie über die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben von berufstätigen Eltern und pflegenden Angehörigen und die Richtlinie über transparente und vorhersehbare Arbeitsbedingungen), bewertet und Lücken ermittelt werden können.

Für viele Indikatoren für die Arbeitsplatzqualität werden Daten zu Trends im Zeitverlauf verfügbar sein, obwohl die Vergleichbarkeit der im Jahr 2021 erhobenen Daten aufgrund der Änderung des Modus der Datenerhebung begrenzt sein wird. Dennoch werden diese Fakten weitere Fortschritte zur Verwirklichung des Ziels ermöglichen, einen Zuwachs bei der Schaffung qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze zu unterstützen, der entsprechend den Darlegungen der Präsidentin der Kommission gemessen werden kann. In Anbetracht der besonderen Betonung der EU-Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter und der politischen Leitlinien der Kommission wird es von Interesse sein, geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Arbeitsplatzqualität zu analysieren, insbesondere

im Hinblick auf die Auswirkungen der COVID-19-Krise und die Durchführung der EU-Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2020–2025.

Durch die Bereitstellung von Fakten über die Arbeitsbedingungen und die Arbeitsplatzqualität von Arbeitnehmern in atypischen Beschäftigungsverhältnissen wird Eurofound das Ziel der europäischen Säule sozialer Rechte unterstützen, das darin besteht, Beschäftigungsverhältnisse zu verhindern, die zu prekären Arbeitsbedingungen führen. Insbesondere wird die Agentur unter Berücksichtigung der unterschiedlichen nationalen Gegebenheiten dazu beitragen, verschiedene Formen der Selbstständigkeit zu ermitteln, einschließlich solcher, deren Merkmale auf eine Form der Scheinselbstständigkeit hindeuten könnten. Die vorgelegten Daten zur Situation der Selbstständigen werden zur Festlegung eines Ausgangswerts für die Überwachung und Bewertung der Umsetzung der Empfehlung des Rates zum Zugang zum Sozialschutz für Arbeitnehmer und Selbstständige beitragen.

Durch die Bereitstellung von Wissen über erfolgreiche politische Maßnahmen wird Eurofound das gegenseitige Lernen und Peer-Review-Verfahren zwischen den Mitgliedstaaten unterstützen. So werden beispielsweise, wie die höheren Beschäftigungsquoten älterer Arbeitnehmer gezeigt haben, Kenntnisse über die institutionellen Rahmen und die politischen Maßnahmen zur Förderung einer nachhaltigeren Arbeit in das Europäische Semester und in die Ausarbeitung länderspezifischer Empfehlungen einfließen.

Arbeitsprogramm 2022: Tätigkeit 1 – Arbeitsbedingungen und nachhaltige Arbeit

Überblick

Im März 2020 musste die Sammlung von Daten für die siebte EWCS aufgrund der COVID-19-Pandemie unterbrochen werden. 2021 führte Eurofound eine Europäische Erhebung über Arbeitsbedingungen mithilfe von computergestützten Telefoninterviews (CATI) und anhand einer gekürzten und angepassten Version des Fragebogens durch, der für die siebte EWCS erarbeitet worden war. Die Erhebung 2021 erfasste alle EU-Mitgliedstaaten, das Vereinigte Königreich und eine Auswahl weiterer europäischer Länder. 2022 wird ein Übersichtsbericht auf der Grundlage der Analyse des Datensatzes der Erhebung 2021 ausgearbeitet. In dem Bericht werden die vielfältigen Dimensionen der Arbeitsplatzqualität untersucht; ferner wird die Situation in den Mitgliedstaaten in Bezug auf verschiedene Wirtschaftszweige, Berufe und Altersgruppen sowie nach Geschlechtern verglichen. Der Bericht wird eine Momentaufnahme der Arbeitsbedingungen in einer Arbeitswelt liefern, die von den Erfahrungen einer schweren weltweiten Gesundheitskrise und ihrer wirtschaftlichen Folgen geprägt ist. Untersucht wird der Zusammenhang zwischen Arbeitsplatzqualität und Qualität des Arbeitslebens von Arbeitnehmern, die unterschiedlichen soziodemografischen Gruppen angehören. Im Mittelpunkt werden hierbei die Analyse der Kombination von Arbeitsplatzrisiken und Arbeitsplatzressourcen stehen, mit denen Arbeitnehmer in verschiedenen Arbeits- und Beschäftigungssituationen konfrontiert sind, sowie die Frage, in welchem Zusammenhang dies zum Umfang der Beteiligung und zu den Ergebnissen des Arbeitslebens (z. B. Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben sowie Gesundheit und Wohlbefinden) steht.

In Verbindung mit der 2021 durchgeführten Feldarbeit werden die Teilnehmer der siebten EWCS, die im Februar/März 2020 befragt wurden und einer neuerlichen Kontaktaufnahme zugestimmt haben, anhand einer geringfügig angepassten Version des CATI-Fragebogens befragt. Die Analyse der Antworten aus dem Jahr 2021 und die Verknüpfung dieser Antworten mit den Antworten, die dieselben Teilnehmer ein Jahr zuvor, vor Ausbruch der Krise, gegeben haben, werden Erkenntnisse zu den Veränderungen infolge der COVID-19-Pandemie liefern können. Unter Berücksichtigung der methodischen Schwierigkeiten werden 2022 Arbeiten zur Sondierungsforschung durchgeführt, bei denen untersucht wird, wie sich Arbeitsbedingungen, Arbeitsplatzqualität und Arbeitsergebnisse von Arbeitnehmern, die im Februar/März 2020 und im Frühjahr 2021 befragt wurden, verändert haben und inwiefern sich diese Veränderungen bei verschiedenen Gruppen von Arbeitnehmern unterscheiden, z. B. bei den Arbeitnehmern, die wie Telearbeitnehmer, systemrelevante Arbeitnehmer und Kurzarbeiter, während der Lockdowns ins Blickfeld geraten sind. In einem weiteren Schritt wird eine kleine Stichprobe von Arbeitnehmern, die an den Erhebungen 2020 und 2021 teilgenommen haben, erneut kontaktiert, um eine eingehendere qualitative Befragung durchzuführen. Aus diesen Fallstudienbefragungen können Erkenntnisse darüber gewonnen werden, wie Arbeitnehmer Veränderungen ihrer Arbeitsplatzqualität und ihrer Arbeitsbedingungen deuten und welche Regelungen sie künftig beibehalten möchten, wobei auch der doppelte Übergang (zu einer klimaneutralen und digitalen Wirtschaft) berücksichtigt wird.

Die Auswirkungen der COVID-19-Krise auf die Arbeitsbedingungen werden ebenfalls in einem Projekt untersucht, dessen Schwerpunkt auf Regelungen für Telearbeit liegt und das 2021 begann. Das Projekt soll einen Überblick über die Verbreitung der Telearbeit vor und während der Krise vermitteln und Hinweise auf die Möglichkeit der Nutzung von Telearbeit in den einzelnen Wirtschaftszweigen und Berufen geben. Sowohl die Art und Weise, wie die Unternehmen Telearbeit eingeführt und unterstützt haben, als auch die Erfahrungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die während der Krise von zu Hause aus gearbeitet haben, sind von Interesse. Daten des Online-Fragebogens zur Weiterverfolgung der ECS, ergänzt durch eingehendere Befragungen, und Daten der verschiedenen Wellen der Online-Erhebung von Eurofound zum Themenfeld *Leben und Arbeiten während der COVID-19-Pandemie* sowie Daten der Sonderauflage der EWCS 2021¹⁰ werden analysiert. Dabei werden Informationen über praktische Telearbeitsregelungen gewonnen, die als Reaktion auf nationale Ausgangsbeschränkungen bzw. Ausgangssperren und in diesem Zeitraum eingeführt wurden. Zudem werden Informationen über einige Auswirkungen auf die Qualität der Arbeitsplätze, z. B. auf Arbeitszeitqualität, Gesundheit und Wohlbefinden der Arbeitnehmer und Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben oder, was die Arbeitgeber anbelangt, auf die Arbeitsorganisation und die Beaufsichtigung der Arbeitnehmer gesammelt. Die Analyse wird auf früheren Forschungsarbeiten von Eurofound zur Telearbeit aufbauen und soll ermitteln, wie sich die Erfahrungen mit Telearbeit während der Krise auf künftige Telearbeitsregelungen auswirken könnten. Ergänzt wird sie durch eine Bestandsaufnahme der Entwicklungen in den Mitgliedstaaten auf der Grundlage von Beiträgen des Netzwerks der Eurofound-Korrespondenten, einschließlich einer Überprüfung der Standpunkte der Interessenträger in Bezug auf die Ausarbeitung von neuen Regulierungskonzepten (ggf. im Rahmen der Selbstregulierung) und Änderungen in der Gesetzgebung über Telearbeit durch Rechtsvorschriften und Tarifverträge. Untersucht werden auch die Auswirkungen der weit verbreiteten Telearbeit auf das Pendeln und die damit verbundenen

¹⁰ Hierbei handelt es sich um einen Arbeitstitel; ein beschreibenderer Titel, der deutlich macht, dass es sich nicht um die Standard-EWCS handelt, wird vor dem Launch des Datensatzes ausgearbeitet.

Kohlenstoffemissionen (im Rahmen von Tätigkeit 5 und der geplanten Zusammenarbeit mit der Europäischen Umweltagentur (EUA)) sowie die Auswirkungen der verstärkten Nutzung von Telearbeit auf die Lohn- und Einkommensverteilung.

Beim Thema Telearbeit werden die Forschungsarbeiten von Eurofound aus dem Jahr 2021 über die Anwendung des Rechts auf Nichterreichbarkeit auf Unternehmensebene um ein zusätzliches Modul ergänzt, bei dem quantitative Daten im Vordergrund stehen und das zeigt, wie sich die Strategien für die Anwendung des Rechts auf Nichterreichbarkeit auf Unternehmensebene auf das Wohlbefinden der Arbeitnehmer und auf die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben auswirken.

Weitere Analysen des Datensatzes, der sich aus der EWCS-Sonderausgabe 2021 ergibt, werden 2022 eingeleitet. Ein Forschungsbereich wird der Untersuchung atypischer Beschäftigungsformen gewidmet; zudem wird ein Schwerpunkt auf der Prüfung der Arbeitsbedingungen verschiedener Gruppen von Selbstständigen liegen. Aufbauend auf früheren Forschungsarbeiten wird Eurofound verschiedene Formen der Selbstständigkeit analysieren und Arbeitsplatzqualität und Arbeitsergebnisse verschiedener Kategorien miteinander vergleichen. Da es nicht möglich sein wird, Trends der Selbstständigkeit im Zeitverlauf anhand von EWCS-Daten zu analysieren, werden andere Datenquellen wie z. B. die EU-Arbeitskräfteerhebung und nationale Erhebungen über Arbeitsbedingungen herangezogen. Eurofound wird auch eine Bestandsaufnahme der politischen Strategien vornehmen, die in den Mitgliedstaaten in Bezug auf die mit bestimmten Formen der Selbstständigkeit verbundenen Herausforderungen erarbeitet wurden. Dazu gehört nach Möglichkeit eine Bewertung der bestehenden Evaluierungen dieser politischen Strategien, zu denen z. B. die Regulierung abhängiger Selbstständigkeit; die Bekämpfung von Formen der Scheinselbstständigkeit; die Verbesserung des Sozialschutzes für Selbstständige oder die Gewährleistung der Vertretung von Selbstständigen zählt. Im Rahmen der Tätigkeit 5 werden Fragestellungen zur Selbstständigkeit im Zusammenhang mit der Arbeit auf Online-Plattformen untersucht.

Die Zunahme der emotionalen Anforderungen und der psychosozialen Risiken, die in früheren Wellen der EWCS beobachtet wurde, ist ein dringliches Thema im Rahmen der Debatte über Arbeitsqualität. Einige der mit diesen Risiken verbundenen Arbeitsbedingungen, wie z. B. Arbeitsüberlastung, Tätigkeit in Isolation und ohne Unterstützung von Vorgesetzten und Kollegen, sind während der COVID-19-Pandemie besonders deutlich hervorgetreten. Sie sind die Nachteile einer Zunahme der Telearbeit, die ansonsten dazu beigetragen hat, Arbeitsplätze während der Krise zu sichern, und die es Arbeitnehmern ermöglicht hat, Arbeit und außerberufliche Pflichten miteinander zu verbinden. Eurofound wird Daten der EWCS-Sonderausgabe 2021 verwenden, um das Ausmaß psychosozialer Risiken zu untersuchen, in besonderem Maße betroffene Wirtschaftszweige und Berufe zu ermitteln, Verbindungen zu bestimmten Arbeitsbedingungen zu analysieren und Arbeitsressourcen zu ermitteln, die beim Schutz von Arbeitnehmern helfen können. Für die Analyse der Auswirkungen der COVID-19-Krise werden Daten der Online-Erhebung von Eurofound zum Themenkomplex „Leben, Arbeiten und COVID-19“ und der Folgebefragungen von Teilnehmern der siebten EWCS herangezogen. Die Analyse von Erhebungsdaten wird ergänzt durch eine Bestandsaufnahme der Regelungen, politischen Strategien und zwischen den Sozialpartnern geschlossenen Vereinbarungen in den Mitgliedstaaten, um das Problem der Exposition gegenüber psychosozialen Risiken zu lösen; hierzu gehören auch Initiativen, die sich aus den **gemeinsamen Diskussionen mit den europäischen Sozialpartnern** ergeben. **Für die Forschungsarbeiten werden**

Erkenntnisse der EU-OSHA herangezogen; zudem wird eine Zusammenarbeit mit der EU-OSHA geprüft.

Forschungsarbeiten zur Arbeitsplatzqualität und zu den Arbeitsergebnissen der Arbeitnehmer, die während der Pandemie zu „systemrelevanten Arbeitnehmern“ erklärt wurden, werden 2022 aufgenommen; die Vorstellung der Ergebnisse in einem Kurzbericht ist 2023 vorgesehen. Die Sektoren und Berufe derjenigen, die „die Gesellschaft am Laufen hielten“, sind vielfältig. Gestützt auf Daten der EWCS-Sonderauflage 2021 werden die Forschungsarbeiten Fakten und Zahlen über die Herausforderungen für die Arbeitsplatzqualität und das Arbeitsleben liefern. Als Beitrag zur Bestimmung des Begriffs der „systemrelevanten Arbeit“ wird diesen Forschungsarbeiten eine Bestandsaufnahme der Kategorisierungen vorausgehen, die während der Pandemie in den Mitgliedstaaten und auf EU-Ebene verwendet werden, wobei auch die Definitionen der Sozialpartner berücksichtigt werden. Unter Einbeziehung ihres Netzwerks europäischer Korrespondenten wird sich Eurofound auch einen Überblick über die politischen Maßnahmen verschaffen, die zur Bewältigung der anerkannten Herausforderungen für diese Arbeitnehmer eingeleitet wurden; ferner wird Eurofound prüfen, ob sich die gesteigerte Würdigung des gesellschaftlichen Werts der Arbeit dieses Personenkreises in einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen und einer dauerhaften und konkreteren Anerkennung ihrer Leistung niedergeschlagen hat.

Projekte und Outputs

Projektbeschreibung	Outputs	Jahr
EWCS-CATI 2021 Übersichtsbericht (Fortsetzung des Projekts 2021)	Bericht	2022
Analyse der Daten, die 2021 im Zuge einer neuerlichen Kontaktaufnahme zu Teilnehmern der siebten EWCS im Jahr 2020 vor Ausbruch der COVID-19-Pandemie erhoben wurden (Fortsetzung des Projekts 2020)	Arbeitsunterlage	2023
Telearbeit in der EU – Rechtsrahmen und Verbreitung (Fortsetzung des Projekts 2021)	Bericht	2022
Recht auf Nichterreichbarkeit – Verfahrensweisen in den Unternehmen (Fortsetzung des Projekts 2021: Zusatzmodul „Quantitative Daten über die Auswirkungen von Strategien für das Recht auf Nichterreichbarkeit auf Unternehmensebene“)	Kurzbericht	2022
Arbeitsleben systemrelevanter Arbeitnehmer in der EU (neu)	Kurzbericht	2023
Analyse der Selbstständigkeit auf der Grundlage von EWCS-Daten und von politischen Strategien für den Umgang mit den Herausforderungen für bestimmte Formen der Selbstständigkeit, einschließlich einer	Bericht	2023

Prüfung bestehender Evaluierungen dieser Strategien (neu)		
Psychosoziale Risiken – Trends und politische Strategien für den Umgang mit diesen Risiken (neu)	Bericht	2023

Ressourcen:

316 000 EUR und 6,0 VZÄ (*vorläufige Daten*)

2.2 Tätigkeit 2: Arbeitsbeziehungen und sozialer Dialog

Mehrjährige Perspektive

Überblick

Eurofound wird den Dialog zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern weiterhin unterstützen und die Entwicklungen der Systeme der Arbeitsbeziehungen und des sozialen Dialogs analysieren. Diese vergleichende Analyse von Politik, institutionellem Rahmen und Praxis wird auch in die Forschungsarbeiten zu den beiden Tätigkeiten 5 und 6 einfließen. Die vorliegende Tätigkeit wird auf dem anerkannten Fachwissen von Eurofound auf dem Gebiet der Arbeitsbeziehungen aufbauen und sich auf die Kenntnisse des Netzwerks der Eurofound-Korrespondenten auf nationaler Ebene stützen.

Ein erster Arbeitsbereich befasst sich mit den Akteuren und Prozessen der Arbeitsbeziehungen und dem Rahmen, der für die Regelung des Beschäftigungsverhältnisses (durch gesetzliche Bestimmungen und Tarifverträge) maßgeblich ist. In diesem Zusammenhang werden vergleichende Informationen über die nationalen Systeme der Arbeitsbeziehungen einschließlich des nationalen sozialen Dialogs und der Prozesse und Ergebnisse im Rahmen von Tarifverhandlungen bereitgestellt.

Der Rahmen für die wichtigsten Dimensionen der Arbeitsbeziehungen und die von Eurofound erstellte Übersichtstabelle mit Indikatoren werden im Laufe des Programmplanungszeitraums aktualisiert. Das Netzwerk der Eurofound-Korrespondenten wird die Entwicklungen der nationalen Arbeitsbeziehungen regelmäßig und zeitnah aktualisieren. Hierzu gehört auch die Aktualisierung der 2020 eingerichteten Datenbank EU-PolicyWatch, in der politische Initiativen von Regierungen, Sozialpartnern und anderen Akteuren zur Abfederung des sozialen und wirtschaftlichen Einbruchs infolge der Krise zusammengetragen werden. Die Maßnahmen zur Unterstützung der wirtschaftlichen Erholung werden einen wichtigen Schwerpunkt bilden.

Die Berichterstattung wird sich auch auf die Funktionsweise des trilateralen sozialen Dialogs und die Einbindung der Sozialpartner in die Politikgestaltung auf nationaler Ebene, insbesondere die Aufbau- und Resilienzpläne, erstrecken. Daten zur Festsetzung von Löhnen und Gehältern, auch von Mindestlöhnen, und zur Festlegung der Arbeitszeit werden regelmäßig gemeldet; zudem werden

Ergebnisse über die Entwicklungen bei der Arbeitszeit veröffentlicht.¹¹ Alle zwei Jahre werden die Länderprofile zum Arbeitsleben aktualisiert, die unter anderem strukturelle Informationen über die Systeme der Arbeitsbeziehungen und andere Dimensionen des Arbeitslebens umfassen. In einem abschließenden Übersichtsbericht wurden die Daten und Erkenntnisse über Arbeitskonflikte vorgestellt, die bei der Machbarkeitsstudie und dem Pilotprojekt zu einem Beobachtungsinstrument für Arbeitskämpfmaßnahmen im vorangegangenen Programmplanungszeitraum gewonnen wurden.

Ein zweiter Arbeitsbereich hat die Unterstützung des sozialen Dialogs zum Gegenstand. Auf EU-Ebene wird Eurofound die Entwicklung des sozialen Dialogs weiterhin durch ihre Studien zur Repräsentativität von Organisationen der Sozialpartner unterstützen. Die Studien bilden die empirische Grundlage, anhand derer die Kommission Entscheidungen über die Beteiligung der europäischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen an Ausschüssen für den sozialen Dialog fassen, Anhörungen gemäß Artikel 154 AEUV durchführen und im Vorfeld von Ratsbeschlüssen nach Artikel 155 AEUV die Repräsentativität dieser Organisationen im Rahmen ihres Dialogs bewerten kann. Aufbauend auf früheren Arbeiten kann Eurofound ihr Fachwissen bereitstellen, um Maßnahmen zum Aufbau von Kapazitäten für einen wirksamen sozialen Dialog, für den Ausschuss für den sozialen Dialog der EU und für die Debatten der Sozialpartner auf EU-Ebene im Rahmen ihres Arbeitsprogramms zu unterstützen. Gestützt auf die Empfehlungen des Eurofound-Berichts *Capacity-building for effective social dialogue* (2020) (Aufbau von Kapazitäten für einen wirksamen sozialen Dialog) wird die Agentur gemeinsam mit den Sozialpartnern die Entwicklung weiterer Tätigkeiten in diesem Bereich prüfen und Möglichkeiten für organisatorische Unterstützung ausloten.

Im Rahmen der Tätigkeit 5 (Frühzeitige Erkennung und Umgang mit den Auswirkungen des Wandels) wird die Rolle des sozialen Dialogs vor dem Hintergrund von Umstrukturierung, Klimawandel und Digitalisierung berücksichtigt. Insbesondere auf Unternehmensebene kommt den Sozialpartnern bei der frühzeitigen Erkennung und dem Umgang mit den Auswirkungen des Wandels eine Schlüsselrolle zu, z. B. bei der Anpassung des Arbeitsplatzes und der Arbeitsinhalte sowie bei größeren Umstrukturierungen. Dementsprechend wird im Rahmen der Tätigkeit 6 (Förderung des sozialen Zusammenhalts und der Konvergenz) die Rolle des sozialen Dialogs als Beitrag zu Ergebnissen für die Gesellschaft berücksichtigt.

Ziele

Die Ziele von Eurofound in diesem Bereich sind die Unterstützung der EU-Organe, der Mitgliedstaaten und der Sozialpartner bei der Förderung des sozialen Dialogs sowie die Überwachung und Analyse der Entwicklungen der Systeme der Arbeitsbeziehungen und des sozialen Dialogs auf nationaler und europäischer Ebene. Eurofound wird regelmäßige, aktuelle und maßgebliche vergleichende Informationen über die wichtigsten Entwicklungen, die die Akteure, die Prozesse und die wesentlichen Ergebnisse der Arbeitsbeziehungen betreffen, sowie Daten und Fachwissen zur Förderung des sozialen Dialogs bereitstellen.

¹¹ Weitere Analysen der Lohn- und Arbeitszeitentwicklungen werden im Rahmen von Tätigkeit 6 zur Förderung des sozialen Zusammenhalts und der Konvergenz durchgeführt.

Erwartete Ergebnisse

Durch die Bereitstellung zuverlässiger und aktueller Informationen über Trends und Entwicklungen der nationalen Systeme der Arbeitsbeziehungen und über die Ergebnisse zum Arbeitsleben (einschließlich eines Berichts über Arbeitskonflikte und Arbeitsk Kampfmaßnahmen) wird Eurofound die Einrichtungen der EU, die nationalen Behörden und die Sozialpartner auf verschiedenen Ebenen bei der Politikgestaltung, dem sozialen Dialog, bei Tarifverhandlungen und bei der Regulierung der Beschäftigungsverhältnisse unterstützen. Bei ihren Vorleistungen wird Eurofound den Maßnahmen besondere Aufmerksamkeit widmen, die als Reaktion auf die COVID-19-Krise, die Aufbau- und Resilienzfähigkeit und den doppelten Übergang ergriffen wurden.

Die Agentur wird die Entwicklungen analysieren, um Möglichkeiten zur Stärkung der Tarifverhandlungen auf nationaler Ebene zu ermitteln und die Sozialpartner und die EU-Organe verstärkt bei der Förderung des sozialen Dialogs zu unterstützen.

Die Erkenntnisse werden insbesondere zum Funktionieren des europäischen sozialen Dialogs beitragen, indem sie beispielsweise bei Anhörungen und Verhandlungen Entscheidungen über die Repräsentativität, die Arbeitsweise der Ausschüsse und die Umsetzung von Grundsatz 8 der europäischen Säule sozialer Rechte („Sozialer Dialog und Einbeziehung der Beschäftigten“) erleichtern. Die Erkenntnisse werden zudem den Gesetzgebungsprozess und die politische Koordinierung im Rahmen des Europäischen Semesters befördern und somit entsprechend den Anforderungen der politischen Entscheidungsträger und Akteure der Arbeitsbeziehungen einen wertvollen Beitrag zu politisch relevanten Themen leisten.

Spezifische Erkenntnisse sollen zur Debatte über Mindestlöhne, zu Initiativen zur Förderung gerechter, menschenwürdiger und transparenter Löhne (im Einklang mit Grundsatz 6 der europäischen Säule sozialer Rechte und der Priorität der Beseitigung der geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede) und zur Überwachung der Umsetzung der Arbeitszeitrichtlinie beitragen.

Arbeitsprogramm 2022: Tätigkeit 2 – Arbeitsbeziehungen und sozialer Dialog

Überblick

Auch 2022 wird Eurofound über Trends und Entwicklungen bei den nationalen Systemen der Arbeitsbeziehungen, einschließlich des sozialen Dialogs, sowie über Ergebnisse des Arbeitslebens berichten. Hierbei werden die im Rahmen der Tätigkeit 5 (Frühzeitige Erkennung und Umgang mit den Auswirkungen des Wandels) untersuchten Triebkräfte für Veränderungen, die Auswirkungen dieser Veränderungen auf die Arbeitsbeziehungen, unter anderem durch das Auftreten neuer Akteure, und die Auswirkungen der Arbeitsbeziehungen auf die Verfahren und die Folgen des Wandels berücksichtigt. Für die vergleichende Berichterstattung vor dem Hintergrund der politischen Debatte werden spezielle Themen ausgewählt; gegebenenfalls werden die Ergebnisse der Beobachtung dieser Entwicklungen im Rahmen anderer Tätigkeiten analysiert. Hierbei wird weitgehend auf die Arbeiten des Netzwerks der Eurofound-Korrespondenten zurückgegriffen.¹²

Eurofound wird auch künftig die Entwicklungen bei den Dimensionen des nationalen (trilateralen oder institutionellen) sozialen Dialogs und die Einbindung der Sozialpartner in die Politikgestaltung

¹² Im März 2022 werden die Verträge mit dem Netzwerk auf der Grundlage der Ausschreibungen im Jahr 2021 erneuert.

überwachen und entsprechende Vergleiche anstellen. Gegebenenfalls werden Informationen von trilateralen Einrichtungen eingeholt. Diese Arbeiten werden im Zusammenhang mit den Beschäftigungsleitlinien, dem Europäischen Semester und der Aufbau- und Resilienzfähigkeit betrachtet. 2022 ist die Veröffentlichung von Ergebnissen vorgesehen, bei denen ein Schwerpunkt auf Maßnahmen für die Förderung der Erholung nach der Gesundheitskrise und der gesellschaftlichen Krise liegen wird; bei dem neuen Zyklus der Arbeiten wird der Aktionsplan für die europäische Säule sozialer Rechte im Mittelpunkt stehen.

Die regelmäßige Überwachung der Systeme der Arbeitsbeziehungen wird fortgeführt; dies beinhaltet unter anderem die regelmäßige Aktualisierung der Eurofound-Datenbank für politische Initiativen, in die die bereits vorhandenen Inhalte der Datenbank für Förderinstrumente des ERM ebenfalls eingepflegt werden. Ziel dieser Maßnahmen ist es, ein breites Spektrum an Initiativen für die Unterstützung der Forschung in allen Bereichen von Eurofound zu erfassen, wobei die Beteiligung der Sozialpartner im Vordergrund stehen wird. Es werden vergleichende Informationen über Entwicklungen, die sich auf die Mindestlöhne auswirken (Anhebung der Lohnniveaus und Veränderungen der Systeme für die Festsetzung der Lohnniveaus) vor dem Hintergrund der europäischen politischen Debatte veröffentlicht. Es werden die Ergebnisse der Tarifverhandlungen nach der Krise in den Bereichen Gesundheit, Gesellschaft und Wirtschaft bekannt gegeben, und in ausgewählten Sektoren werden die Arbeiten zur eingehenderen Erforschung der Entwicklungen beginnen. Die Datenbank für Lohnfestsetzung, Arbeitszeit und Streitbeilegung wird auf den neuesten Stand gebracht. Eurofound wird das Indikatorensystem, das zur Veranschaulichung der „zentralen Dimensionen der Arbeitsbeziehungen“ entwickelt wurde, unter Berücksichtigung von Stellungnahmen von Sachverständigen und der Datenverfügbarkeit überprüfen und aktualisieren. Die Analyse der Daten wird 2023 erscheinen.

Eurofound wird den europäischen sozialen Dialog mit einer Reihe von Studien zur Repräsentativität von sozialpartnerschaftlichen Organisationen in bestimmten Wirtschaftszweigen unterstützen. Sechs Studien werden veröffentlicht (wobei in einer Studie Informationsblätter europäischer Sozialpartner zusammengestellt werden); Vorbereitungen für weitere Studien in Sektoren, die in Absprache mit der Europäischen Kommission ausgewählt werden, sind vorgesehen. Die Studien liefern die empirische Grundlage, anhand derer die Kommission Entscheidungen über die Anhörung der europäischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen gemäß Artikel 154 AEUV treffen und die Repräsentativität dieser Organisationen im Rahmen ihres Dialogs im Vorfeld von Ratsbeschlüssen nach Artikel 155 AEUV bewerten kann. Eurofound wird die Informationen über die Repräsentativität in den entsprechenden Sektoren um sektorspezifische Informationen ergänzen, die für die Arbeiten in den Querschnittstätigkeiten 5 und 6 relevant sind.

Eurofound wird an frühere Arbeiten anknüpfen, unter anderem an die Analyse von Maßnahmen zur Unterstützung der Tarifverhandlungen in Einklang mit nationalen Rechtsvorschriften und Verfahren, und ein trilaterales „Sommerforum“ (als Residenz- oder Online-Veranstaltung) ausrichten, das dem Auf- und Ausbau von Kapazitäten gewidmet sein wird und sich an Berufspraktiker wendet, die am Anfang oder in der Mitte ihres beruflichen Werdegangs stehen. Bei dieser Maßnahme zur Förderung von gegenseitigem Lernen werden die zentralen Elemente des sozialen Dialogs erörtert, wobei die Fähigkeit, Ergebnisse zu erzielen, im Vordergrund stehen wird. Als Diskussionsgrundlage werden die Forschungsarbeiten und Daten von Eurofound zur Schärfung des Bewusstseins für die Komplexität

und die Bedeutung des sozialen Dialogs und der Arbeitsbeziehungen sowohl auf EU-Ebene als auch auf nationaler Ebene dienen.

Projekte und Outputs

Projektbeschreibung	Outputs	Jahr
Überwachung der politischen Entwicklungen und der Beteiligung der Sozialpartner	<ul style="list-style-type: none"> • Vierteljährliche Aktualisierungen der Online-Datenbank 	2022
Studien zur Repräsentativität (noch nicht abgeschlossen)	<ul style="list-style-type: none"> • 6 Berichte 	2022
Trilateraler sozialer Dialog und Politikgestaltung (Fortsetzung/noch nicht abgeschlossen)	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht (Beteiligung der Sozialpartner an Maßnahmen zur Förderung der Erholung nach der Gesundheitskrise und der gesellschaftlichen Krise) • Bericht (Aktionsplan für die europäische Säule sozialer Rechte) 	2022 2023
Auf- und Ausbau von Kapazitäten für einen wirksamen sozialen Dialog (Fortsetzung)	<ul style="list-style-type: none"> • Trilaterales Sommerforum (Residenz- oder Online-Veranstaltung) • Internet-Material 	2022
Nationale Berichterstattung über Arbeitsbeziehungen und sozialen Dialog (noch nicht abgeschlossen)	<ul style="list-style-type: none"> • 28 Arbeitspapiere • Ad-hoc-Artikel 	Jährlich 2023
Profile zum Arbeitsleben und Datenbank für Löhne, Arbeitszeit und Tarifkonflikte (noch nicht abgeschlossen)	<ul style="list-style-type: none"> • Aktualisierte Länderprofile zum Arbeitsleben • Aktualisierte Datenbank (Löhne, Arbeitszeit und Konflikte) 	2023 2022
Mindestlöhne – Jährliche Überprüfung (noch nicht abgeschlossen)	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht und Online-Präsentation von Daten 	Jährlich
Entwicklungen der Arbeitszeit 2021–2022 (noch nicht abgeschlossen)	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht 	2023
Entwicklungen der Tarifverhandlungen nach der Gesundheits-, Gesellschafts- und Wirtschaftskrise (Fortsetzung/noch nicht abgeschlossen)	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht 	2022
Entwicklungen in verschiedenen Sektoren	<ul style="list-style-type: none"> • Kurzbericht 	2023
Aktualisierungen (noch nicht abgeschlossen)	<ul style="list-style-type: none"> • Berichte und Artikel 	2022
Messung zentraler Dimensionen der Arbeitsbeziehungen (noch nicht abgeschlossen)	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht • Aktualisierte Datenbank 	2023

Ressourcen

1 205 000 EUR und 7,5 VZÄ (vorläufige Daten)

2.3 Tätigkeit 3: Beschäftigung und Arbeitsmärkte

Mehrjährige Perspektive

Überblick

Nach einer allgemeinen Verbesserung der Beschäftigungslage im Anschluss an die Große Rezession sahen sich die europäischen Arbeitsmärkte bei Ausbruch der COVID-19-Pandemie Anfang 2020 erneut erheblichen Problemen gegenüber. In einigen Ländern, Regionen, Wirtschaftszweigen und Berufen ist mit einer höheren Arbeitslosigkeit zu rechnen, wobei zum Teil die schutzbedürftigsten Arbeitnehmer in den prekärsten Beschäftigungsverhältnissen vermutlich am stärksten und am längsten betroffen sein werden. Eurofound wird ihre Aufgabe erfüllen und Wissen bereitstellen, das als Grundlage für die Gestaltung einer Politik dienen kann, die dazu beiträgt, die Folgen der Pandemie für Arbeit und Beschäftigung abzufedern und die Funktionsweise und den integrativen Charakter des Arbeitsmarkts vor dem Hintergrund des doppelten grünen und digitalen Übergangs sicherzustellen. Eurofound wird Daten sammeln, Tendenzen im Beschäftigungsbereich und Entwicklungen des Arbeitsmarktes analysieren und die Kommission und die anderen EU-Organe, die Mitgliedstaaten und die Sozialpartner bei der Planung beschäftigungspolitischer Maßnahmen unterstützen. Dazu wird Eurofound weiterhin ihre Rolle bei der Beobachtung von Tendenzen auf dem Arbeitsmarkt, der Beobachtung der Auswirkungen dieser Tendenzen auf verschiedene Gruppen und der Lehren wahrnehmen, die daraus für politische Entscheidungsträger gezogen werden können.

Ein erster Forschungsbereich dieser Tätigkeit wird sich schwerpunktmäßig mit der veränderten Struktur des Arbeitsmarktes und den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie befassen. Auf der Grundlage laufender Aktualisierungen und Analysen der etablierten Beobachtungsinstrumente von Eurofound – des Europäischen Jobmonitors (EJM) und des Europäischen Beobachtungsinstruments für Umstrukturierungen (ERM) – sowie von Eurostat-Daten werden wachsende und schrumpfende Wirtschaftszweige sowie Berufe und Qualifikationen mit steigender oder sinkender Nachfrage ermittelt. Der EJM wird weiterhin den Auf- und Abbau von Beschäftigung in verschiedenen Berufen und Wirtschaftszweigen erfassen und Verschiebungen in den Tätigkeitsprofilen sowie verschiedene Aspekte der Qualität der Arbeitsplätze, einschließlich der Bildungsabschlüsse, ermitteln. Es werden Arbeitsplätze beleuchtet, in denen eine große Zahl von Arbeitnehmern beschäftigt ist oder nach denen die Nachfrage am stärksten zu- oder abnimmt. Die Zusammenarbeit mit der Gemeinsamen Forschungsstelle (JRC) der Europäischen Kommission in diesem Bereich wird voraussichtlich fortgesetzt werden. Die Arbeiten zur Umstrukturierung könnten mit der Prüfung von groß angelegten Veranstaltungen und Gesetzgebungsmaßnahmen mithilfe des ERM fortgeführt werden. Ergänzt werden könnte dies durch eine eingehendere qualitative Forschungsarbeit zu den Unternehmenspraktiken bei Umstrukturierungen (einschließlich der Rolle des sozialen Dialogs). Auch regionale Perspektiven könnten berücksichtigt werden. Die Forschungsarbeiten zur Umstrukturierung werden weiterhin für die Tätigkeiten des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung zugunsten entlassener Arbeitnehmer (EGF) und des Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) genutzt. Die Ergebnisse der beiden Instrumente werden in integrierter Form präsentiert, um einen Überblick über die strukturellen Veränderungen auf den Arbeitsmärkten zu vermitteln.

Die Analyse der Umstrukturierungen würde auch in Tätigkeit 5 (Frühzeitige Erkennung und Umgang mit den Auswirkungen des Wandels) in Bezug auf bestimmte Arten von Umstrukturierungen (z. B. im

Zusammenhang mit dem Klimawandel/dem Übergang zu einer CO₂-neutralen Wirtschaft, der Digitalisierung, der Auslagerung ins Ausland oder der Rückverlagerung) einfließen, die im Rahmen dieser Tätigkeit weiter erforscht werden könnten.

Ein zweiter Forschungsschwerpunkt wird der Arbeitskräftemangel und ungenutzte Potenziale sein. Auf der Grundlage der im Arbeitsprogramm 2017–2020 durchgeführten Forschungsarbeiten werden in erster Linie politische Maßnahmen und Unternehmenspraktiken untersucht. Eurofound wird die Wirksamkeit verschiedener Arten von arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Maßnahmen analysieren, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf Maßnahmen zur Verbesserung der Funktionsweise bestimmter Wirtschaftszweige liegen wird, in denen traditionell ein Arbeitskräftemangel herrscht, der während der COVID-19-Krise noch verschärft wurde.

Die jeweiligen Ansätze können sowohl auf das Angebot von als auch auf die Nachfrage nach Arbeitskräften zugeschnitten werden und die Förderung der Aktivierung/aktiven Eingliederung und des Umgangs mit der Vielfalt am Arbeitsplatz zum Gegenstand haben, wobei ungenutzte oder unzureichend genutzte Humanressourcen und Talente besondere Berücksichtigung finden (z. B. im Hinblick auf die geografische oder berufliche Mobilität, das Missverhältnis zwischen vorhandenen und benötigten Qualifikationen sowie die Arbeitszeit, einschließlich des „unausgeschöpften Arbeitskräftepotenzials“, oder in Bezug auf bestimmte Zielgruppen, die auf dem Arbeitsmarkt unterrepräsentiert sind, wie Menschen mit Behinderungen, Frauen und junge Menschen). Die diesbezüglichen Arbeiten der Kommission und die Durchführung von EU-Fonds wie z. B. des ESF+ werden ebenso wie die Arbeiten der OECD und anderer Organisationen berücksichtigt. Vor dem Hintergrund beschäftigungspolitischer Maßnahmen zur Bekämpfung des Arbeitskräftemangels wird die Zusammenarbeit mit dem Cedefop und der Europäischen Arbeitsbehörde (ELA) im Hinblick auf Qualifikationen und Arbeitskräftemobilität geprüft. Generell könnten die Nutzung anderer Ressourcen (z. B. des Europäischen Monitors für offene Stellen) und der Austausch mit anderen europäischen Akteuren, die sich mit der Frage des Arbeitskräftemangels und der ungenutzten Potenziale befassen (z. B. das Europäische Netz der öffentlichen Arbeitsverwaltungen), geprüft werden.

Diese Tätigkeit wird auch in die Vorbereitung der neuen Erhebungswelle der ECS einfließen, die für die nächste Mehrjährige Programmplanung vorgesehen ist.

Ziele

Eurofound wird beobachten und analysieren, wie sich die Arbeitsmarktstruktur – auch infolge der COVID-19-Krise – in Bezug auf den Nettoaufbau und -abbau von Beschäftigung nach Wirtschaftszweigen und Berufen sowie auf die wichtigsten Merkmale der Beschäftigungsstruktur (z. B. Polarisierung der Beschäftigung und veränderte Aufgabenverteilung bei den Arbeitsplätzen) wandelt. Darüber hinaus wird Eurofound aktuelle Informationen über die Beschäftigungseffekte von Umstrukturierungen sowie über politische Maßnahmen und Rechtsvorschriften bereitstellen. Schließlich wird im Rahmen dieser Forschungstätigkeit die zentrale Herausforderung des Arbeitskräftemangels in bestimmten Wirtschaftszweigen und Berufen angegangen, indem die Wirksamkeit einschlägiger politischer Maßnahmen untersucht wird.

Erwartete Ergebnisse

Die Analyse der strukturellen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und der Verschiebungen bei Angebot und Nachfrage wird es den Interessenträgern ermöglichen, jenseits statistischer

Standarddaten die jüngsten Trends und Entwicklungen besser zu verstehen und die damit verbundenen Chancen und Herausforderungen zu erkennen. Dies kann zu dem Ziel der EU, hochwertige Arbeitsplätze in den Regionen zu schaffen, sowie zur Entwicklung der künftigen umfassenden und koordinierten Industriepolitik beitragen. Neben der allgemeinen Beobachtung großer Umstrukturierungen in einer Zeit großer Umbrüche für Wirtschaft und Arbeitsmärkte infolge der COVID-19-Krise kann das ERM als Wissensbasis für die Tätigkeiten des EGF, des Fonds für einen gerechten Übergang und des ESF+ dienen, insbesondere im Lichte der Ausweitung des Anwendungsbereichs des EGF nach 2020 auf alle großen Umstrukturierungen.

Die Daten des EJM werden die politischen Entscheidungsträger weiterhin darüber informieren, inwieweit die Verschiebungen im Beschäftigungsbereich auf den nationalen Arbeitsmärkten zu Polarisierung oder Weiterqualifizierung führen oder inwieweit sie anderen Veränderungsmustern folgen. Eine Analyse erfolgreicher Maßnahmen zur Bekämpfung des Arbeitskräftemangels und zur Erschließung nicht ausgeschöpfter Potenziale wird den politischen Entscheidungsträgern bei der Konzeption spezifischer Instrumente helfen. Die im Rahmen dieser Tätigkeit gewonnenen Erkenntnisse werden eine nützliche Grundlage bilden, um beispielsweise bei der Erörterung von Arbeitsmarktreformen die Entwicklung wirksamerer politischer Maßnahmen zu unterstützen, unter anderem im Rahmen des Europäischen Semesters, des sozialen Dialogs, der Umsetzung von Maßnahmen des ESF+ im Zusammenhang mit dem Zugang zur Beschäftigung, der Teilhabe von jungen Menschen und Frauen, dem aktiven Altern und der Integration von Migranten und Menschen mit Behinderungen.

Arbeitsprogramm 2022: Tätigkeit 3 – Beschäftigung und Arbeitsmärkte

Überblick

Als Grundlage der Berichterstattung über den Strukturwandel auf dem Arbeitsmarkt, einschließlich einer Analyse der Muster für die drei wichtigsten Formen des Erwerbsstatus, der demografischen Merkmale von Arbeitnehmern, des Wirtschaftszweigs und des Berufs von Arbeitnehmern und einer schwerpunktmäßigen Betrachtung der mittelfristigen Folgen der COVID-19-Pandemie, werden der EJM, das ERM und Eurostat-Daten herangezogen. Diese wurden von der Kommission bei der Beobachtung von Beschäftigung und Umstrukturierung genutzt. Zur Pflege dieser Daten- und Informationsquellen, werden in die EJM-Datenbank und in die Datenbank für ERM-Maßnahmen 2022 aktuelle Daten eingegeben. Diese Datenbanken bilden die Grundlage für die im Rahmen der Tätigkeit 5 durchgeführte Analyse der Auswirkungen des Strukturwandels und der Umstrukturierung auf Arbeit, Beschäftigung und Arbeitsmarktinstitutionen. Hierbei geht es um die Untersuchung der durch die Digitalisierung und andere Entwicklungen (z. B. rechtliche Rahmenbedingungen) bedingten Umstrukturierung im Finanzsektor und um die Erforschung von Verschiebungen bei der Beschäftigung, die mit dem Übergang zu einer kohlenstoffneutralen Wirtschaft verbunden sind, und der Erforschung ihrer Auswirkungen auf die Arbeitsplatzqualität insgesamt. Allgemeiner ausgedrückt ist die Datenbank für ERM-Maßnahmen angepasst worden, damit spezifische Informationen über die COVID-19-Pandemie, die Digitalisierung und den Übergang zu einer kohlenstoffneutralen Wirtschaft eingepflegt werden können. Hinzu kommen die Maßnahmen, die in der Datenbank EU PolicyWatch zusammengetragen wurden.

Das Projekt 2021 für die Bewertung der Wirksamkeit bestimmter Arten von politischen Maßnahmen zur Behebung des Arbeitskräftemangels wird fortgeführt. So weit wie möglich werden Maßnahmen zur Bewältigung von Engpässen, die infolge der COVID-19-Pandemie und ihrer Folgen in bestimmten Wirtschaftszweigen oder Berufen verursacht oder verstärkt werden, als besonderer Schwerpunkt berücksichtigt; dies gilt auf einer strukturelleren Ebene auch für die Förderung der Aktivierung von Gruppen, die wie junge Menschen, Frauen, Menschen mit Behinderungen und Migranten gegenwärtig auf dem Arbeitsmarkt unterrepräsentiert sind, wobei Synergieeffekte genutzt werden, die in Verbindung mit Forschungsarbeiten im Rahmen der Tätigkeit 6 entstehen. Mit besonderer Aufmerksamkeit werden zudem Instrumente für die Unterstützung der wirksamen Nutzung von Begabungen und Kompetenzen am Arbeitsplatz (unter anderem durch Weiterbildung) und für den Umgang mit Arbeitsplatzvielfalt betrachtet. Die Zusammenarbeit mit dem Cedefop zu Qualifikationsstrategien und mit der Europäischen Arbeitsbehörde zur Mobilitätsthematik wird geprüft, und bereits vorliegende Forschungsarbeiten der Europäischen Kommission werden berücksichtigt.

Projekte und Outputs

Projektbeschreibung	Outputs	Jahr
Berichterstattung über den Strukturwandel am Arbeitsmarkt (einschließlich der mittelfristigen Auswirkungen der COVID-19-Krise)	Bericht	2022
Laufende Aktualisierung der EJM-Datenbank (noch nicht abgeschlossen)	Aktualisierte Datenbank	2022
Aktualisierung der Datenbank für ERM-Maßnahmen (noch nicht abgeschlossen)	Aktualisierte Datenbank Blogartikel	2022
Politische Maßnahmen zur Behebung des Arbeitskräftemangels: Überprüfung der Evaluierungen der politischen Maßnahmen (Fortsetzung des Projekts 2021)	Bericht	2022

Ressourcen

136 500 EUR und 2,5 VZÄ (vorläufige Daten)

2.4 Tätigkeit 4: Lebensbedingungen und Lebensqualität

Mehrjährige Perspektive

Überblick

Die Gesundheits- und Wirtschaftskrise infolge der COVID-19-Pandemie haben das Leben der Menschen in Europa stark beeinträchtigt. Aus diesem Grund hat die Erforschung der Lebensbedingungen und der Lebensqualität weiter an Bedeutung gewonnen, und Eurofound wird die Entwicklungen in diesem Bereich vor dem Hintergrund dieser neuen Herausforderung weiterhin beobachten.

Wie in den Abschnitten zu den Tätigkeiten 1 und 7 im Zusammenhang mit der Erörterung des längerfristig angelegten Ansatzes für die Erhebungen von Eurofound erwähnt, wird Eurofound 2024 die EWCS durchführen und dabei einige Fragen zu den Arbeits- und Lebensbedingungen aufnehmen,

die hinsichtlich der Folgen der COVID-19-Pandemie relevant sind. Die Teilnehmer dieser Erhebung werden persönlich angeworben. Die Mehrheit dieser Teilnehmer wird auch persönlich befragt, damit sichergestellt ist, dass die Ergebnisse der Erhebung mit früheren Erhebungswellen der EWCS verglichen werden können. Um die Umstellung der Erhebungen von Eurofound auf Online-Datenverwaltung vorzubereiten, ist geplant, eine kleinere zufällig ausgewählte Teilstichprobe von Teilnehmern zu ziehen, um das Interview online durchzuführen. Dadurch wird bei einer Reihe ausgewählter Fragen aus der EWCS ein Vergleich der Antworten zwischen den beiden unterschiedlichen Verwaltungsmodi ermöglicht. Außerdem können die Auswirkungen des Übergangs zu einem internetbasierten Ansatz („Push-to-Web“) auf die Erhebungseffizienz und die Datenqualität geprüft werden. Bei dieser Erhebung 2024 werden die Teilnehmer gefragt, ob sie bereit sind, eine Reihe von Online-Folgefragebogen zu beantworten. Diese Folgefragebogen werden Fragen aus der EWCS enthalten, die im ursprünglichen Fragebogen nicht gestellt wurden; auf diese Weise wird die Auswahl der Variablen erweitert, anhand derer Trendbrüche erfasst werden können. Dieses Element ermöglicht es auch, die Wirksamkeit der Anwerbung von Erhebungsteilnehmern für Folgefragebogen, die Auswirkungen der anfänglichen Ablehnung der Beantwortung dieser Folgefragebogen sowie die Folgen der späteren Fluktuation der Teilnehmergruppe für die Zusammensetzung der Stichprobe zu prüfen.

Die Europäische Erhebung zur Lebensqualität (EQLS) sollte im Zeitraum 2026–2027 unter Berücksichtigung der im Rahmen der Probeerhebung 2024 gewonnenen Erfahrungen durchgeführt werden.

In den europäischen Gesellschaften herrscht aufgrund der COVID-19-Pandemie weiterhin große Unsicherheit; deshalb wird Eurofound untersuchen, wie sich die Krise auf die Lebensbedingungen von Europäern in verschiedenen Lebensphasen auswirkt und welche Rolle verschiedene Initiativen spielen, die umgesetzt wurden, um die soziale Notlage verschiedener Bevölkerungsgruppen abzufedern.

Um wichtigen demografischen Veränderungen in den europäischen Gesellschaften Rechnung zu tragen, wird sich Eurofound darüber hinaus besonders mit den Auswirkungen der demografischen Alterung befassen. In diesem Zusammenhang wird die Lebensqualität älterer Bürger, einschließlich älterer Arbeitnehmer und Rentner, erfasst und bewertet; zudem werden die Einkommenssicherheit und die Rolle öffentlicher Dienstleistungen bei der Förderung eines eigenständigen Alterns analysiert. Eurofound wird mit ihrer forschungsorientierten Perspektive die Präferenzen und Chancen der Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf die Teilhabe an Gesellschaft und Beschäftigung beleuchten und ihren Beitrag zur Entwicklung von Dienstleistungen untersuchen, die älteren Menschen diese Teilhabe ermöglichen. Der demografische Wandel hat auch Auswirkungen auf die jüngere Generation und auf Frauen. Dies wird durch Forschungsarbeiten zu jungen Menschen und ihrer sozialen Eingliederung und sozialen Mobilität, einschließlich der Weitergabe von Vor- und Nachteilen zwischen den Generationen, untersucht. Aufbauend auf früheren Forschungsergebnissen wird Eurofound die unterschiedlichen Auswirkungen der Krise auf Männer und Frauen in mehreren Dimensionen ermitteln.

Viele Maßnahmen zur Reaktion auf die Herausforderungen und Chancen für die Verbesserung der Lebensbedingungen werden von Einrichtungen und öffentlichen Diensten konzipiert, durchgeführt oder gefördert, die während der COVID-19-Krise trotz der großen Herausforderungen eine wichtige

Rolle gespielt haben. Die Qualität dieser Dienstleistungen und die Gerechtigkeit (in Bezug auf Zugang und Erschwinglichkeit) werden auf der Grundlage der verfügbaren Ergebnisse der vorgeschlagenen neuen Erhebung von Eurofound und anderer Datenquellen, wie der EU-Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) und der Erhebung über Grundrechte untersucht, wobei die Sozial-, Pflege- und Gesundheitsdienstleistungen in den Mittelpunkt rücken könnten. Eurofound wird zur Information politischer Entscheidungsträger beitragen, indem sie Fakten zu Tendenzen und Einflussfaktoren in diesem Bereich im Zusammenhang mit der Umsetzung der in Kapitel III der europäischen Säule sozialer Rechte („Sozialschutz und soziale Inklusion“) vorgesehenen Dienstleistungen vorlegt. Wie bereits bei vorangegangenen EQLS werden die Forschungsarbeiten zur Qualität der Gesellschaft auch im Rahmen der Tätigkeit 6 (Förderung des sozialen Zusammenhalts und der Konvergenz) in Themen wie Vertrauen, soziale Spannungen und Qualität öffentlicher Dienstleistungen einfließen.

Ziele

Ziel dieser Tätigkeit ist es, die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und die anschließende Erholung in Europa zu beobachten, Informationen über Status, Tendenzen und Risiken bereitzustellen sowie Möglichkeiten zur Verbesserung der Lebensbedingungen in der Europäischen Union zu sondieren. Bei den Forschungsarbeiten werden im Wesentlichen die Qualität der Gesellschaft und die Gemeinschaften auf lokaler oder regionaler Ebene beleuchtet und dabei die Rolle des Sozialschutzes für alle Bürger unter besonderer Berücksichtigung der am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen hervorgehoben.

Ein weiteres Ziel besteht darin, relevante Informationen für politische Debatten über das Altern und Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Lage älterer Menschen, über die Unterstützung für ein eigenständiges Leben und über die Entwicklung hochwertiger Dienstleistungen zur Ergänzung der informellen Pflege über das gesamte Leben hinweg bereitzustellen. Darüber hinaus werden die Forschungsarbeiten aktuelle Informationen über die soziale Lage von jungen Menschen, Männern und Frauen liefern, um politische Maßnahmen zur Förderung ihrer Eingliederung zu unterstützen.

Erwartete Ergebnisse

Die Forschungsergebnisse werden Aufschluss über die Auswirkungen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Krise auf die Lebensbedingungen geben und zu Initiativen und Bewertungen in Bezug auf die Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte und die Aufrechterhaltung des europäischen Sozialmodells beitragen, wobei der regionalen Dimension besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Spezifische Erkenntnisse über vom demografischen Wandel betroffene Gruppen, Betreuungspflichten, Entwicklungen bei der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben sowie über den Zugang zu hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen könnten in die Debatte über die Jugendgarantie einfließen und im Europäischen Semester für sozialpolitische länderspezifische Empfehlungen, insbesondere in Bezug auf die Pflege, herangezogen werden. Diese Forschungsarbeiten können Debatten über Initiativen wie die Kindergarantie befördern, während die Erkenntnisse über die Gleichstellung der Geschlechter zur Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2020–2025 beitragen werden. Die Ergebnisse der Forschungsarbeiten zur Pflege können zu der Initiative zur Langzeitpflege, zu den Erörterungen im Rahmen des Europäischen Semesters im Zusammenhang mit Sozialausgaben und sozialen Diensten sowie zur Überwachung und Bewertung der Umsetzung des Kohäsionsfonds und des ESF+ beitragen. Die Ergebnisse könnten

in die Jahresberichte des Beschäftigungsausschusses und des Ausschusses für Sozialschutz und in die Berichte der Europäischen Kommission zur *Beschäftigung und sozialen Lage in Europa* einfließen.

Arbeitsprogramm 2022: Tätigkeit 4 – Lebensbedingungen und Lebensqualität

Überblick

2022 wird Eurofound ihre Projekte zu den Folgen der COVID-19-Pandemie für ältere Menschen und für Männer und Frauen abschließen. Die Arbeiten zur Kluft zwischen den Geschlechtern werden mit dem EIGE koordiniert. Zudem ist vorgesehen, die Untersuchung der Anpassung von öffentlichen Diensten in Bezug auf die Erbringung von Dienstleistungen während der Pandemie zum Abschluss zu bringen.

Ausgehend von früheren Arbeiten wird Eurofound die Dynamik zwischen den Generationen im Zeitverlauf erforschen. In vielen Mitgliedstaaten ist bereits während der Double-Dip-Finanzkrise 2008 eine besorgniserregende Spaltung der Generationen entstanden. Einige Effekte der wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie sind weltweit zu beobachten; erste Daten weisen auf Unterschiede bei den Effekten hin, die in verschiedenen demografischen Kohorten festgestellt wurden. Im Rahmen der Analyse wird die generationenübergreifende Perspektive anhand von Daten von Eurofound und Eurostat untersucht, wobei der Schwerpunkt auf der Frage liegen wird, inwiefern sich die Pandemie unterschiedlich auf Gesundheitszustand, Teilnahme am Arbeitsmarkt, Lebensqualität und Finanzbedarf verschiedener Altersgruppen sowohl kurzfristig als auch über einen längeren Zeitraum hinweg ausgewirkt haben könnte. Ergänzt werden diese Arbeiten um eine Analyse politischer Maßnahmen, die die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten eingeleitet haben, um den möglicherweise wachsenden Bruch zwischen den Generationen zu heilen und die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Krise auf die verschiedenen Altersgruppen abzufedern.

Darüber hinaus spielte der Faktor Wohnraum während der gesamten COVID-19-Erfahrung eine Schlüsselrolle. Räumliche Trennung und soziale Isolierung waren wichtige Maßnahmen für die öffentliche Gesundheit, wobei vorausgesetzt wurde, dass die Betroffenen Zugang zu sicheren und angemessenen Wohnungen haben. Diejenigen, die sich nicht in Wohnungen von guter Qualität aufhalten können, waren einem höheren Risiko einer deutlicheren Verschlechterung ihres Wohlbefindens und ihrer Lebensbedingungen ausgesetzt. Erschwingliche und angemessene Wohnungen sind zu einem riesigen Problem geworden, da die Bevölkerungsteile in Europa, die über geringe und niedrigere Haushaltseinkommen verfügen, keinen Zugang zu angemessenen Wohnungen haben. Dies gilt insbesondere für die Hauptstädte. Die Erschwinglichkeit und die Kosten von Wohnungen hängen von mehreren Faktoren ab, weshalb sie sich auf die verschiedenen sozioökonomischen Gesellschaftsgruppen unterschiedlich auswirken. Eurofound wird den Zusammenhang zwischen dem Einkommen und der Belastung durch Wohnkosten bei den verschiedenen Bevölkerungsgruppen untersuchen. Für die Analyse und Erörterung der sozialen Folgen der Überlastung mit Kosten für die Wohnung und der Folgen unangemessener Wohnverhältnisse auf die Lebensbedingungen bei den verschiedenen Bevölkerungsgruppen werden neben anderen Quellen auch die Daten verwendet, die Eurofound in der elektronischen Erhebung zum Themenfeld „Leben, Arbeiten und COVID-19“ zusammengetragen hat. Zuletzt besteht bei einigen Menschen die Gefahr, dass sie ihre Wohnkosten, ob Mieten oder Hypotheken, nicht mehr aufbringen können und daher dem Risiko von Zwangsräumungen ausgesetzt sind. Deshalb wird sich Eurofound mit wohnungspolitischen

Strategien während der COVID-19-Pandemie befassen und einen besonderen Schwerpunkt auf Miet- und Hypothekenzahlungsaufschub und Zwangsräumung legen und speziell ausgewählte Initiativen für die Bereitstellung von erschwinglichem und angemessenem Wohnraum für die Bevölkerungsgruppen beleuchten, die am stärksten von der Wohnkostenbelastung betroffen sind.

Projekte und Outputs

Projektbeschreibung	Outputs	Jahr
Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Lebensbedingungen älterer Menschen und ihren Pflegebedarf (Fortsetzung des Projekts 2021)	Bericht	2022
Untersuchung des Geschlechtergefälles nach der COVID-19-Krise (Fortsetzung des Projekts 2021)	Bericht	2022
Anpassung an eine neue Realität: Bereitstellung und Inanspruchnahme öffentlicher Dienstleistungen während der COVID-19-Pandemie (Fortsetzung des Projekts 2021)	Bericht	2022
Erschwinglicher und angemessener Wohnraum: Wohnkosten und Zugang zu Wohnungen in Europa (neu)	Bericht	2023
Dynamik zwischen den Generationen im Zeitverlauf (neu)	Bericht	2022

Ressourcen

101 500 EUR und 2,9 VZÄ (*vorläufige Daten*)

2.5 Tätigkeit 5: Frühzeitige Erkennung und Umgang mit den Auswirkungen des Wandels

Mehrjährige Perspektive

Überblick

Die in Kapitel 1 erwähnten Megatrends fördern einen rasanten Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft und auf dem Arbeitsmarkt. Die Digitalisierung und der Übergang zu einer CO₂-neutralen Wirtschaft sind gegenwärtig zusammen mit den erwarteten längerfristigen Auswirkungen der COVID-19-Krise zwei der wichtigsten Einflussfaktoren. Eurofound wird sich auf die Auswirkungen dieser Faktoren, die mitunter mit neuen Geschäftsmodellen und einer anderen Arbeitsorganisation einhergehen, auf die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Integration in den Arbeitsmarkt, die Beschäftigungsverhältnisse und die Arbeitsbedingungen sowie auf die Folgen für die Arbeitsmarktinstitutionen – insbesondere bezüglich des Regelungsrahmens, des sozialen Dialogs und des Sozialschutzes – konzentrieren. Die Rollen, Situationen und Herausforderungen für bestimmte Arten von Organisationen – wie KMU und der öffentliche Sektor – könnten untersucht werden.

Eurofound wird Aspekte im Zusammenhang mit der Einführung der Digitalisierung, darunter auch der KI, beleuchten. Dies könnte die Nutzung und das Eigentum an privaten/personenbezogenen Daten sowie – im Bereich der Arbeitsbedingungen – Fragen wie Praktiken auf dem Gebiet der Führung und Personalverwaltung, Telearbeit und flexible Arbeit, Teamarbeit, Mensch-Maschine-

Interaktion, Arbeitszeit, Kontrolle und Überwachung umfassen. Soweit möglich könnten zu diesem Zweck Daten aus der EWCS und ECS genutzt werden. Im Hinblick auf die Auswirkungen der Digitalisierung auf Gesundheit und Sicherheit, insbesondere auf psychosoziale Risiken, und die ethische Dimension der Digitalisierung könnte eine Zusammenarbeit mit der EU-OSHA und der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) in Betracht gezogen werden.

Die Auswirkungen des Übergangs zu einer CO₂-neutralen Wirtschaft sind vor dem Hintergrund der Verwirklichung des Ziels eines klimaneutralen Europas, einschließlich der Kreislaufwirtschaft, und im Lichte von NextGenerationEU kaum abzuschätzen. Eurofound wird die sozioökonomischen Folgen untersuchen, etwa für die Beschäftigung (Verlagerung und Umwandlung von Arbeitsplätzen) und die Arbeitsbedingungen sowie für die Gesellschaft (z. B. die Verteilungseffekte von Klimaschutzmaßnahmen). Ein Teil dieser Arbeiten kann auf den Ergebnissen des von Eurofound durchgeführten Pilotprojekts zur Zukunft des verarbeitenden Gewerbes (FOME) aufbauen. Eine Zusammenarbeit mit der Europäischen Umweltagentur ist vorgesehen.

Aufbauend auf den Forschungsarbeiten zu Tätigkeit 3 (Beschäftigung und Arbeitsmärkte) werden Umstrukturierungen in relevanten Sektoren ermittelt und analysiert. Umstrukturierungen, die speziell mit der Digitalisierung und dem Übergang zu einer CO₂-neutralen Wirtschaft zusammenhängen, könnten mithilfe der ERM-Datenbanken ermittelt werden, indem die Datenbank für ERM-Maßnahmen angepasst und durch qualitative Forschungsarbeiten ergänzt wird. Gegenstand der Analyse wird zudem die besondere Rolle des sozialen Dialogs und der Arbeitnehmervertreter bei der Gestaltung und Umsetzung des Änderungsprozesses sein, z. B. bei der Ausarbeitung von Sozialplänen, einschließlich der Unterstützung von Übergängen betroffener Arbeitnehmer und anderer Maßnahmen wie aktive Arbeitsmarktpolitik, die in der ERM-Datenbank über Unterstützungsinstrumente und in der ERM-Rechtsdatenbank erfasst werden.

Darüber hinaus wird Eurofound die Auswirkungen neuer Geschäftsmodelle und der Arbeitsorganisation in den im ersten Absatz dieses Abschnitts genannten Bereichen untersuchen. Dies könnte beispielsweise die Prüfung neuer Formen der Zusammenarbeit sowie der innerbetrieblichen und unternehmensübergreifenden Organisation umfassen, z. B. im Zusammenhang mit der Plattform- oder der Kreislaufwirtschaft. Der bereits bestehende Schwerpunkt auf Plattformarbeit wird fortgesetzt, wobei die Abbildung und Bewertung der Wirksamkeit von Initiativen zur Bewältigung der ermittelten Herausforderungen stärker in den Vordergrund gestellt werden. Ferner könnten Fragen wie Diskriminierung, Gender und Alter sowie Privatsphäre beleuchtet werden.

Es werden künftige Szenarien möglicher Entwicklungen beschrieben, die von der Digitalisierung oder dem Übergang zu einer CO₂-neutralen Wirtschaft getragen werden. Dies schließt eine Debatte mit den Interessenträgern über mögliche Wege und Maßnahmen zur Verwirklichung der gewünschten Ergebnisse ein.

Bei der Behandlung der Auswirkungen auf die Arbeitsbeziehungen in der oben genannten Forschungsarbeit wird Eurofound die Rolle, die Chancen und Herausforderungen des traditionellen sozialen Dialogs und die Entstehung neuer Arten kollektiver Maßnahmen, soweit vorhanden, untersuchen.

Ziele

Eurofound wird die Auswirkungen der Digitalisierung und des Übergangs zu einer CO₂-neutralen Wirtschaft auf das Beschäftigungsniveau, die Arbeitsbedingungen (einschließlich Sozialschutz) und die Beschäftigungsverhältnisse untersuchen und die Rolle der Arbeitsbeziehungen und des sozialen Dialogs bei der Gestaltung und Umsetzung dieses Wandels sowie die Folgen für Gesellschaft und Bürger beleuchten. Darüber hinaus werden die Auswirkungen auf die Arbeitsmarktinstitutionen, insbesondere auf die Sozialpartner und den Rechtsrahmen, sowie auf die verschiedenen Regionen und gesellschaftlichen Gruppen analysiert. Bestehende Maßnahmen und Initiativen zur Bewältigung des Wandels werden abgebildet und Wege für eine erstrebenswerte Zukunft erkundet.

Erwartete Ergebnisse

Durch die Verwirklichung dieses Ziels verfügen die Interessenträger über die erforderlichen Fakten, um fundierte Entscheidungen darüber zu treffen, wo und welche Art von Maßnahmen geboten sind, um den Wandel zu bewältigen, positive Auswirkungen zu optimieren und die unerwünschten Folgen der Digitalisierung und des Übergangs zu einer CO₂-neutralen Wirtschaft für Arbeit und Beschäftigung auf einem von der COVID-19-Pandemie belasteten Arbeitsmarkt zu verhindern. Die Beleuchtung der Auswirkungen dieser treibenden Kräfte hinter dem Wandel auf der Arbeitsplatzebene wird Aufschluss darüber geben, wie Arbeitgeber und Arbeitnehmer am besten dabei unterstützt werden können, die Chancen zu nutzen und die Herausforderungen im Zusammenhang mit diesen Entwicklungen zu bewältigen, die ganz oben auf der politischen Agenda stehen: z. B. in NextGenerationEU, im europäischen Grünen Deal, in der Strategischen Agenda der EU 2019–2024 oder im Zusammenhang mit dem Gesetz über digitale Dienste, dem Aktionsplan für digitale Bildung und der Aktualisierung der Europäischen Kompetenzagenda, der EU-Datenstrategie oder dem Weißbuch der EU zur Künstlichen Intelligenz. Die Forschungsarbeiten könnten auch in die neue KMU-Strategie und in Maßnahmen zur Unterstützung der Unternehmen bei der Anpassung an die Globalisierung einfließen und damit zu den Prioritäten der Kommission „Ein Europa, das für das digitale Zeitalter gerüstet ist“ und „Eine Wirtschaft, deren Rechnung für Menschen aufgeht“ beitragen.

Die Forschungsarbeiten zum doppelten Wandel im Zusammenhang mit Digitalisierung und Klimawandel könnten relevante Informationen für politische Entscheidungsträger liefern, die nach Lösungen suchen, um das Funktionieren der Märkte für Verbraucher, Unternehmen, Arbeitnehmer und die Gesellschaft zu optimieren, die nachhaltige Entwicklung von Städten und städtischen Gebieten zu fördern und die Regionen bei der Verbesserung ihrer Infrastruktur und des Zugangs zu Dienstleistungen zu unterstützen, wie dies in den Prioritäten der Kommission – „Ein Europa, das für das digitale Zeitalter gerüstet ist“, „Ein europäischer Grüner Deal“, „Zusammenhalt und Reformen“ und „Demokratie und Demografie“ – vorgesehen ist.

Die Untersuchung der Auswirkungen auf die Arbeitsmarktinstitutionen sowie auf die einschlägigen Vorschriften und die Sozialpartner kann zu den Debatten darüber beitragen, ob die traditionellen Rahmen in einer sich wandelnden Arbeitswelt ihren Zweck erfüllen.

Die Prüfung der Verteilungseffekte der Klimaschutzpolitik und der Maßnahmen zur Maximierung der sozialen Gerechtigkeit werden als Grundlage für die Arbeit des Fonds für einen gerechten Übergang und des sozialen Klimafonds dienen. Die Beobachtung von Reformen und neuartigen Maßnahmen

kann den Austausch von politischen Konzepten und gewonnenen Erfahrungen fördern, indem Informationen darüber bereitgestellt werden, was funktioniert und was nicht.

Arbeitsprogramm 2022: Tätigkeit 5 – Frühzeitige Erkennung und Umgang mit den Auswirkungen des Wandels

Überblick

Die Projekte im Rahmen dieser Tätigkeit werden in enger Abstimmung mit Projekten anderer Tätigkeiten, insbesondere der Tätigkeiten 1, 2 und 3, durchgeführt.

2022 wird Eurofound ihre Forschungsarbeiten zu den Auswirkungen der Digitalisierung auf das Arbeitsleben fortsetzen. Die 2021 begonnenen Projekte zu den Auswirkungen der Digitalisierung am Arbeitsplatz auf den Menschen und zu den ethischen Auswirkungen dieser Entwicklung und die Bewertung von Initiativen, die sich mit Fragen zur Tätigkeit für Online-Plattform befassen, werden abgeschlossen. In beiden Fällen werden gegebenenfalls die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie erforscht.

Die laufenden Arbeiten zur Überwachung der Entwicklungen in der Plattformwirtschaft mithilfe des Web-Repository (des Online-Archivs) von Eurofound werden fortgesetzt, und das online gestellte Material über Digitalisierung, das 2021 als Leitbericht erarbeitet wurde, wird aktualisiert und dabei um neue durch die fertiggestellten Forschungsarbeiten von Eurofound gewonnene Informationen ergänzt. Für beide Online-Ressourcen ist eine aktuelle Überwachung der Entwicklungen im Zusammenhang mit den mittelfristigen Folgen der COVID-19-Pandemie vorgesehen.

Neue Forschungsarbeiten mit einem besonderen Schwerpunkt auf den Auswirkungen der Digitalisierung am Arbeitsplatz werden aufgenommen; zur Orientierung dienen hierbei die wesentlichen Änderungen, die Eurofound in ihrem Arbeitsprogramm 2017–2020 festgelegt hat. Auf dem Gebiet der Automatisierung wird Eurofound die Merkmale und Auswirkungen der Mensch-Maschine-Interaktion im Zusammenhang mit fortgeschrittener Robotertechnik erforschen und dabei insbesondere die Arbeitsorganisation, die Arbeitsbedingungen und die Arbeitsplatzqualität sowie den sozialen Dialog und die Arbeitsbeziehungen beleuchten.

Gemeinsam mit der EUA wurde 2021 eine Untersuchung der sozioökonomischen Auswirkungen des Übergangs zu einer kohlenstoffneutralen Wirtschaft begonnen. Diese Arbeiten werden fortgesetzt. Gegenstand der gemeinsamen Forschungsarbeit von Eurofound und der EUA werden die ökologische und sozioökonomische Konvergenz sein. Bei dem Projekt wird zunächst die Konvergenz von Umweltindikatoren in der EU analysiert; anschließend ist eine Untersuchung der künftigen Auswirkungen des Übergangs zu einer grünen Wirtschaft auf sozioökonomische Ungleichheiten zwischen den Regionen sowie zwischen verschiedenen Bevölkerungsuntergruppen vorgesehen. Neue Forschungsarbeiten zu den Auswirkungen des Übergangs zu einer kohlenstoffneutralen Wirtschaft auf die Beschäftigung und zu den hieraus resultierenden Folgen für die Arbeitsplatzqualität insgesamt werden in die Wege geleitet. Aufbauend auf dem „Energieszenarium“ des früheren Pilotprojekts von Eurofound zur Zukunft des verarbeitenden Gewerbes in Europa („The Future of Manufacturing in Europe“) werden hierbei potenzielle Verschiebungen der Beschäftigungsstruktur (z. B. von Wirtschaftszweigen, Berufen) und ihre Auswirkungen auf die Arbeitsplatzqualität insgesamt in Beziehung zum Klimaübereinkommen von Paris erforscht; hierfür werden Daten des EJM und der EWCS herangezogen.

Die 2021 durchgeführte Analyse der beschäftigungsbezogenen Folgen des Wandels bei den Finanzdienstleistungen unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftszweige wird fertiggestellt.

Im Rahmen einer neuen Forschungsarbeit kommt eine Prognosemethodik für die Erstellung potenzieller Zukunftsszenarien für Telearbeit und hybride Arbeit zur Anwendung. Sie soll Empfehlungen für die Politik für Maßnahmen liefern, die erforderlich sind, um potenzielle erstrebenswerte Zukunftsszenarien zu fördern und ungünstige Szenarien für die Zukunft zu vermeiden.

Es wird eine Zusammenarbeit mit anderen Akteuren, die sich mit Forschungsarbeiten auf diesen Gebieten befassen, geprüft, u. a. mit der Gemeinsamen Forschungsstelle und der EU-OSHA zur Digitalisierung, mit der EUA zum Übergang zu einer kohlenstoffneutralen Wirtschaft und mit der IAO zu den von ihr geplanten Arbeiten zum sozialen Dialog in einer im Wandel begriffenen Arbeitswelt und den Arbeiten europäischer Denkfabriken.

Projekte und Outputs

Projektbeschreibung	Outputs	Jahr
Auswirkung neuer Entwicklungen der Mensch-Maschine-Interaktion auf Arbeitsorganisation und Arbeitsbedingungen (neu)	Fallstudien Bericht	2023
Auswirkungen der Digitalisierung am Arbeitsplatz auf den Menschen und ethische Auswirkungen dieser Entwicklung (Fortsetzung des Projekts 2021)	Fallstudien Bericht	2022
Politische Strategien für Plattformarbeit: erste Erfahrungen (Fortsetzung)	Bericht Aktualisierte Datenbank	2022
Pflege des Web-Repository (Online-Archivs) für die Plattformwirtschaft (noch nicht abgeschlossen)	Aktualisierte Datenbanken Kurzanalysen (Dossiers)	2022
Szenarien für Telearbeit und hybride Arbeit (neu)	Präsentation im Internet Kurzbericht	2023
Online-Material über Digitalisierung (noch nicht abgeschlossen)	Aktualisiertes Online-Material (aus dem Leitbericht über Digitalisierung)	2022
Erforschung der sozioökonomischen Auswirkungen des Übergangs zu einer kohlenstoffneutralen Wirtschaft (Gemeinsame Forschungsarbeit mit der EUA) (Fortsetzung des Projekts 2021)	Bericht	2023
Auswirkung des Übergangs zu einer kohlenstoffneutralen Wirtschaft auf die Beschäftigung und entsprechende Folgen für die Arbeitsplatzqualität insgesamt (neu)	Bericht	2023

Beschäftigungsbezogene Auswirkungen des Wandels im Finanzdienstleistungssektor (Fortsetzung des Projekts 2021)	Fallstudien Bericht	2022
--	---------------------	------

Ressourcen

153 000 EUR und 4,7 VZÄ (*vorläufige Daten*)

2.6 Tätigkeit 6: Förderung des sozialen Zusammenhalts und der Konvergenz

Mehrjährige Perspektive

Überblick

Nach den in den letzten Jahren verzeichneten Verbesserungen beim Wirtschaftswachstum und bei der Erwerbsbeteiligung stellen die COVID-19-Pandemie und die sich anschließende Wirtschaftskrise eine neue, außerordentliche Herausforderung für die Europäische Union und ihre wirtschaftliche und soziale Stabilität dar. Die äußerst gravierenden finanziellen Folgen der Krise könnten zu einer weiteren Öffnung der Schere zwischen der Wirtschaftsleistung der Mitgliedstaaten führen und die Anfälligkeit des jüngsten Fortschritts im Bereich der Konvergenz offenlegen. Darüber hinaus könnten sich die sozioökonomischen Auswirkungen der Krise auf die Ungleichheiten zwischen den Bürgern auswirken, sodass viele Europäer zunehmend eine wirtschaftliche und soziale Unsicherheit erleben und ein Gefühl der Unzufriedenheit verspüren, was sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene zum Ausdruck kommt. Die Förderung der Aufwärtskonvergenz hin zu besseren Arbeits- und Lebensbedingungen und die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts sind für die EU von allergrößter Bedeutung. Um den politischen Entscheidungsträgern Fakten darüber zu liefern, wie die Folgen der Krise abgefedert und die wirtschaftliche und soziale Fragmentierung verringert werden können, wird sich Eurofound mit dem Thema Aufwärtskonvergenz des vorherigen Arbeitsprogramms weiter beschäftigen. Die Agentur wird sich intensiver mit der potenziellen Entstehung neuer Ungleichheiten und der Frage befassen, wie die zunehmenden Herausforderungen für den sozialen Zusammenhalt der EU erklärt und bewältigt werden können. Um die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und des doppelten Übergangs zu überwachen, wird Eurofound weiterhin regelmäßig über Trends der Aufwärtskonvergenz bei der sozioökonomischen Dimension sowie bei den Beschäftigungs-, Arbeits- und Lebensbedingungen in Europa auf der Ebene der Mitgliedstaaten und auf regionaler Ebene berichten. Ergänzt wird dies durch eine Untersuchung der Konvergenzergebnisse Europas im Vergleich zu anderen Industrieländern (z. B. den Vereinigten Staaten), die als Vergleichsmaßstab zur Bewertung der Ergebnisse der EU dienen dürfte. Das Web-Repository über Konvergenz wird aktualisiert und weiterentwickelt.

Darüber hinaus wird sich Eurofound schwerpunktmäßig mit den Triebkräften und Auswirkungen der wirtschaftlichen und sozialen Konvergenz innerhalb der EU befassen. Die Forschungsarbeiten werden die Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Dimensionen der Konvergenz und den Faktoren beleuchten, die die Konvergenz befördern, wie soziale Investitionen, Mobilität und institutionelle Rahmenbedingungen (z. B. Regulierung, Wohlfahrtssysteme, öffentliche

Dienstleistungen und sozialer Dialog sowie Strukturreformen). Die Auswirkungen der verschiedenen auf europäischer Ebene zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie und der sich anschließenden Wirtschaftskrise aufgelegten Konjunkturprogramme auf die wirtschaftliche und soziale Konvergenz werden untersucht, zudem wird ein Vergleich mit der Rezession von 2008 vorgenommen. Auf diese Weise erhalten die politischen Entscheidungsträger Informationen darüber, wie die Konvergenz und die Wirksamkeit dieser Initiativen gefördert werden können. Ein besonderer Schwerpunkt wird auf der Überwachung und Erklärung der Konvergenz im Euro-Währungsgebiet liegen, nicht zuletzt im Hinblick auf die Unterschiede zwischen den verschiedenen Ländergruppen und möglichen entstehenden Asymmetrien. Eurofound wird zudem prüfen, wie Prozesse im Rahmen der Arbeitsbeziehungen, insbesondere Tarifverhandlungen, die Konvergenz einiger Ergebnisse beeinflussen.

Ein weiterer Forschungsbereich wird in erster Linie den sozialen Zusammenhalt in der Europäischen Union behandeln, um die politischen Entscheidungsträger darüber zu informieren, wie politische Maßnahmen auf dem Weg zu einer gerechteren und integrativeren Gesellschaft gefördert werden können. Die COVID-19-Pandemie könnte zur Zementierung bestehender oder zur Entstehung neuer Ungleichheiten geführt haben, die größere Gruppen der Gesellschaft und ihrer Bürger beeinträchtigen. Wirtschaftliche, soziale und gesundheitliche Unterschiede sowohl auf dem Arbeitsmarkt (wie Einkommen und Beschäftigungssicherheit) als auch in Bezug auf den Zugang zu und die Qualität von wesentlichen Gütern und Dienstleistungen (wie Gesundheitsversorgung, Wohnraum, Bildung und Sozialschutz) werden unter dem Kriterium des sozialen Zusammenhalts untersucht. Auch die Verbindungen zum Thema Migration und Integration werden berücksichtigt. Diese Analyse wird für verschiedene gesellschaftliche Gruppen, einschließlich der Mittelschicht, durchgeführt. Basierend auf den Erhebungsdaten von Eurofound wird die Frage der künftigen Aussichten und der Wahrnehmung der Gerechtigkeit berücksichtigt. Darüber hinaus wird Eurofound den fehlenden Zusammenhalt untersuchen, der nicht nur in der materiellen und wirtschaftlichen Lage, sondern auch im Vertrauen in die Institutionen und in den Spannungen zwischen gesellschaftlichen Gruppen (z. B. ethnischen und religiösen Gruppen) zum Ausdruck kommt, sowie die Bürgerbeteiligung beleuchten.

Ziele

Das übergeordnete Ziel dieser Tätigkeit besteht darin, den Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten und den sozialen Gruppen und den Entwicklungen beim sozialen Zusammenhalt in Europa zu untersuchen. Ziel der Tätigkeit ist es insbesondere, die wichtigsten Tendenzen und Determinanten der wirtschaftlichen und sozialen Aufwärtskonvergenz in Europa zu beobachten, die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Aufwärtskonvergenz zu verstehen und die wichtigsten politischen Triebkräfte für die Stärkung der Resilienz der Mitgliedstaaten und die Förderung einer nachhaltigen Aufwärtskonvergenz zu ermitteln.

Zudem sollen im Rahmen dieser Tätigkeit unter besonderer Berücksichtigung der Auswirkungen der zunehmenden Ungleichheiten zwischen den sozialen Gruppen infolge der COVID-19-Krise die Trends und Determinanten des sozialen Zusammenhalts untersucht werden. Im Zuge der Forschungsarbeit werden die Hauptursachen für Ungleichheit sowie wichtige politische Hebel zur Verringerung multidimensionaler Ungleichheiten und Initiativen zur Förderung des sozialen Zusammenhalts beleuchtet. Außerdem wird sie den politischen Entscheidungsträgern Optionen hinsichtlich

Maßnahmen zum Abbau von Ungleichheiten und zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts in Europa an die Hand geben.

Erwartete Ergebnisse

Die im Rahmen dieser Tätigkeit gewonnenen Erkenntnisse werden die politischen Entscheidungsträger über die jüngsten Trends und Einflussfaktoren in Bezug auf Konvergenz, Ungleichheiten und sozialen Zusammenhalt in Europa informieren und dabei ein Schlaglicht auf die Auswirkungen der COVID-19-Krise werfen. Die Forschungsarbeit zur Konvergenz hat das EU-Ziel einer nachhaltigen wirtschaftlichen und sozialen Konvergenz zum Gegenstand und wird dazu beitragen, Lücken und Überschneidungen zwischen diesen beiden Zielen zu ermitteln. Sie wird die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und der sich anschließenden Wirtschaftskrise auf die Konvergenzentwicklung und die Auswirkungen der verschiedenen Konjunkturprogramme auf die Verringerung der sich aus der Krise ergebenden Fragmentierung bewerten, unter anderem durch die rasche Wiederherstellung der vollen Funktionsfähigkeit des Binnenmarkts. Sie soll einen Beitrag zur Debatte über die europäische Säule sozialer Rechte, ihre Umsetzung und ihre Überwachungsfunktion (insbesondere im Wege des Europäischen Semesters) sowie über die Reform der Wirtschafts- und Währungsunion leisten.

Darüber hinaus können die Arbeiten zum Thema Zusammenhalt dazu beitragen, die Auswirkungen der COVID-19-Krise auf Ungleichheiten zu verstehen, um die vom Europäischen Rat ermittelten Prioritäten der EU zur Stärkung des Zusammenhalts, zum Abbau von Ungleichheiten und zur Rolle des Sozialschutzes besser abzustecken. Die im Rahmen dieser Studien gewonnenen Erkenntnisse und Informationen werden politischen Entscheidungsträgern Handlungsoptionen für die neuen Gegebenheiten nach der COVID-19-Krise an die Hand geben. Die Forschungsarbeiten zum Thema Vertrauen und Unzufriedenheit können zu den allgemeinen Initiativen im Zusammenhang mit der Debatte über die Zukunft Europas beitragen. Daher würden die im Rahmen dieser Tätigkeit erzielten Ergebnisse auch in Bezug auf das Europäische Semester zur Arbeit der verschiedenen Dienststellen der Europäischen Kommission sowie des Beschäftigungsausschusses (EMCO), des Ausschusses für Sozialschutz (SPC), des Wirtschafts- und Finanzausschusses (WFA), des Rates und des Europäischen Parlaments beitragen.

Arbeitsprogramm 2022: Tätigkeit 6 – Förderung des sozialen Zusammenhalts und der Konvergenz

Überblick

2022 wird Eurofound die Arbeiten zur Erläuterung des geografischen Gefälles der Konvergenz zum Abschluss bringen und die regelmäßigen Aktualisierungen zur Aufwärtskonvergenz bei den wirtschaftlichen und sozialen Dimensionen der Europäischen Union gemäß der europäischen Säule sozialer Rechte und dem zugehörigen sozialen Scoreboard fortsetzen. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei der Erfassung der Folgen der COVID-19-Krise für die Konvergenz gewidmet sowie der Beantwortung der Frage, ob sich Schutzmaßnahmen und Maßnahmen zur Konjunkturbelebung hinsichtlich der Verhinderung einer Divergenz auf nationaler und nach Möglichkeit auf regionaler Ebene als wirksam erwiesen haben.

Der Beginn der Arbeiten über die Polarisierung zwischen städtischen und ländlichen Gebieten und die Folgen dieser Entwicklung für den Zusammenhalt und die Konvergenz in Europa ist 2022 vorgesehen.

Das Gefälle zwischen Stadt und Land hat sich in den zurückliegenden Jahren verstärkt, und der Wegzug der Bevölkerung aus bestimmten ländlichen Gebieten in die Städte stellt für die Förderung der Wirtschaftsentwicklung und die Wahrung des sozialen Zusammenhalts in der EU eine Herausforderung dar. Unter diesem Gesichtspunkt wird Eurofound die Trends und Triebkräfte der Dynamik der Kluft zwischen Stadt und Land in mehreren Dimensionen (Wirtschafts- und Beschäftigungsmöglichkeiten, Zugang zu Dienstleistungen, Lebensbedingungen und Lebensqualität) anhand von Daten von Eurostat und Eurofound untersuchen. Die Folgen der COVID-19-Krise für die Kluft zwischen Stadt und Land werden mittels der elektronischen Erhebung von Eurofound zum Themenkomplex „Leben, Arbeiten und COVID-19“ erforscht. Die unterschiedliche Geschwindigkeit der Konvergenz in der führenden Gruppe der großen Städte im Vergleich zu ländlichen Regionen wird analysiert und erklärt, wobei ein Schwerpunkt auf den Veränderungen beim Humankapital und bei der demografischen Struktur sowie beim Zugang zu Innovation und Digitalisierung liegen wird. Anschließend wird die quantitative Analyse um eine Untersuchung der Initiativen zur Verbesserung des Zugangs zu und der Angemessenheit von öffentlichen Dienstleistungen in ländlichen, von Entvölkerung bedrohten Regionen ergänzt.

Zudem werden die Projekte zu den Folgen der Pandemie für das Vertrauen und für die sozialen Ungleichheiten abgeschlossen, und Eurofound wird die Untersuchung des sozialen Zusammenhalts und der Unzufriedenheit in der Europäischen Union aufnehmen. Anhand von Schrifttum über soziales Kapital werden Trends des sozialen Zusammenhalts im Zeitverlauf analysiert und die Auswirkungen der Unzufriedenheit mit den materiellen und sozialen Bedingungen auf die verschiedenen Komponenten des sozialen Zusammenhalts erforscht und erläutert. Im Mittelpunkt der Untersuchung werden der Einfluss der COVID-19-Krise auf die Unzufriedenheit und den Zusammenhalt sowie die Wirkung der Unterstützungsinstrumente zur Abfederung der Krisenfolgen stehen. Die Analyse wird über verschiedene gesellschaftliche Gruppen hinweg durchgeführt, und die Ergebnisse werden auf Ebene der Mitgliedstaaten verglichen, um Ähnlichkeiten und Unterschiede herauszustellen. Maßnahmen und Initiativen zur Förderung von politischen Strategien, deren Ziel es ist, nach der COVID-19-Krise eine gerechtere und stärker auf Integration ausgerichtete Gesellschaft zu schaffen, werden untersucht und erörtert.

Obwohl der Verlust zahlreicher Arbeitsplätze durch die groß angelegte Einführung von Kurzarbeiterregelungen verhindert werden konnte, haben die Arbeitsmarktinstabilitäten während der COVID-19-Krise zugenommen, was bei einem Großteil der Bevölkerung in einer Verkürzung der Arbeitszeit, dem Verlust oder der Sorge vor dem Verlust des Arbeitsplatzes zum Ausdruck kommt. Die Folgen instabiler Arbeitsmärkte beschränken sich nicht auf potenzielle Einkommenseinbußen oder eine instabile Arbeitsmarktanbindung, sondern können die gesamte Lebenswelt von Einzelpersonen und sozialen Gruppen durchdringen. Diese Instabilität kann das Wohlbefinden und die Lebensqualität von Einzelpersonen beeinträchtigen. Dies ist z. B. der Fall, wenn junge Menschen keine Möglichkeit haben, sich ein stabiles unabhängiges Leben aufzubauen, und wenn sich ältere Arbeitnehmer große Sorgen um ihre Zukunft und die Zukunft ihrer Familien machen müssen. Die prekäre Lage, in der sich die Betroffenen aufgrund der unsicheren Teilhabe am Arbeitsmarkt innerhalb der gesellschaftlichen Topografie befinden, kann darüber hinaus den sozialen Zusammenhalt gefährden, einen Verlust des Vertrauens in die Institutionen bewirken und die Unzufriedenheit mit der Gesellschaft als Ganzes verstärken. Vor diesem Hintergrund wird Eurofound die Trends, Triebkräfte und Muster der Anfälligkeit der Arbeitsmärkte in Europa und in den Mitgliedstaaten untersuchen. Eurofound wird ermitteln, welche Bevölkerungsgruppen von der instabilen Arbeitsmarktanbindung stärker betroffen

sind, und die individuellen, sozialen und gesellschaftlichen Auswirkungen dieser Instabilität untersuchen. In einer Übersicht werden die jüngsten politischen Maßnahmen und Initiativen zur Abfederung der wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Arbeitsmarktinstabilität auf Arbeitnehmer und Bürger in den Mitgliedstaaten zusammengestellt.

Abschließend wird Eurofound auf der Grundlage der Vorarbeiten aus dem Jahr 2021 den Zusammenhang zwischen Indikatoren für die Arbeitsbeziehungen und der Konvergenz der Arbeitsbedingungen und der sozioökonomischen Ergebnisse erforschen. Die neuen Daten, die für die Aktualisierung der wichtigsten Dimensionen der Arbeitsbeziehungen erhoben wurden, werden auch verwendet, um den Zusammenhang zwischen den Regelungen für die Arbeitsbeziehungen und dem Zusammenhalt mit besonderer Betonung des Zusammenhangs zwischen Beteiligung, Vertrauen und Einstellungen am Arbeitsplatz und der sozialen Teilhabe und Vertrauen in die Gesellschaft zu untersuchen.

Projekte und Outputs

Projektbeschreibung	Outputs	Jahr
Sachstand: Aufwärtskonvergenz 2022 (neu)	Kurzbericht Aktualisierung des Web-Repository	2022
Stadt-Land-Polarisierung (neu)	Bericht	2023
Gesellschaftliche Auswirkungen der Instabilitäten am Arbeitsmarkt (neu)	Bericht	2023
Arbeitsbeziehungen und Konvergenz (Fortsetzung des Projekts 2021)	Kurzbericht	2022
Sozialer Zusammenhalt und Auswirkungen der wirtschaftlichen und sozialen Unzufriedenheit (neu)	Bericht	2022
Konvergenz erklären: Das geografische Gefälle und die Folgen der COVID-19-Pandemie (Fortsetzung des Projekts 2021)	Bericht	2022
Folgen der COVID-19-Pandemie für multidimensionale Ungleichheiten (Fortsetzung des Projekts 2021)	Bericht	2022
Vertrauen und Zusammenhalt während der COVID-19-Pandemie (Fortsetzung des Projekts 2021)	Bericht	2022

Ressourcen

124 000 EUR und 5,8 VZÄ (vorläufige Daten)

2.7 Tätigkeit 7: Management und Entwicklung von Erhebungen

Mehrjährige Perspektive

Überblick

Die Erhebungen von Eurofound decken ein breites Spektrum politisch relevanter Bereiche innerhalb der strategischen Prioritäten von Eurofound ab und fließen in weite Teile des mehrjährigen Arbeitsprogramms ein. Die Agentur führt seit vielen Jahren drei europaweite Erhebungen durch (die EWCS seit 1990, die EQLS seit 2003 und die ECS seit 2004).

In den letzten Jahren hat Eurofound eine langfristige Strategie ausgearbeitet, die darauf abzielt, die Zukunftsfähigkeit und die finanzielle Nachhaltigkeit der Erhebungen zu gewährleisten. Die Häufigkeit der Erhebungen wurde überprüft, neue Datenerhebungsmethoden wurden untersucht und die Non-Response-Quoten analysiert.

Für den Zeitraum 2021–2024 plant Eurofound die Durchführung folgender Maßnahmen:

Die Agentur wird die langfristige Erhebungsstrategie weiterentwickeln, die eine Prüfung der Durchführbarkeit verschiedener und kostengünstigerer Datenerhebungsmethoden umfasst, wobei sowohl die Gesamtqualität der Erhebungen als auch ihre Vergleichbarkeit im Zeitverlauf zu berücksichtigen sind. Ein weiteres Element besteht darin, das Management der Erhebungen zu überprüfen und verschiedene Optionen für die Organisation der Erhebungen im Hinblick auf die Auftragsvergabe und Möglichkeiten für eine Vertiefung der Zusammenarbeit mit anderen EU-Agenturen sowie die verstärkte Hebung von Synergien und bessere Optionen für eine Erweiterung der Stichprobengröße durch eine intensivere Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten zu bewerten. Zu den weiteren Entwicklungsarbeiten gehört die Untersuchung potenzieller ergänzender Datenquellen, wie Big-Data-Analysen und Online-Erhebungen mit nicht probabilistischer, nicht zufälliger Stichprobenziehung (aufbauend auf den Erfahrungen mit der elektronischen Erhebung zu COVID-19).

Die Feldarbeit für eine EWCS mittels telefonischer Befragungen (EWCS-CATI 2021) wurde 2021 aufgenommen; diese EWCS soll die Vorjahreserhebung 2020 ablösen, bei der die Teilnehmer persönlich befragt wurden und für die die zugehörige Feldarbeit aufgrund der COVID-19-Pandemie eingestellt werden musste. Aufgrund dieses Falls von höherer Gewalt war die Umstellung auf CATI die einzige Möglichkeit für Eurofound, die Feldarbeit in absehbarer Zeit wieder aufzunehmen; das Gleiche gilt für die meisten anderen statistischen Ämter weltweit. Eurofound setzte sich mit den Teilnehmern der EWCS 2020 in Verbindung, die einer erneuten Kontaktaufnahme zugestimmt hatten.

Vor dem Hintergrund des längerfristig angelegten Ansatzes für die Erhebungen von Eurofound wurde eine Machbarkeitsstudie mit verschiedenen Szenarien zur Zukunftsfähigkeit der Erhebungen von Eurofound ausgearbeitet und in einer Lenkungsgruppe erörtert. Auf der Grundlage der Studie und der Erörterung wurde beschlossen, dass Eurofound im Jahr 2024 die EWCS durchführen und dabei einige Fragen zu den Arbeits- und Lebensbedingungen aufnehmen wird, die in Bezug auf die Folgen der COVID-19-Pandemie relevant sind. Die Teilnehmer dieser Erhebung werden persönlich angeworben. Die Mehrheit dieser Teilnehmer wird auch persönlich befragt, damit sichergestellt ist, dass die Ergebnisse der Erhebung mit früheren Erhebungswellen der EWCS verglichen werden können. Um die Umstellung der Erhebungen von Eurofound auf Online-Datenverwaltung

vorzubereiten, ist geplant, eine kleinere zufällig ausgewählte Teilstichprobe von Teilnehmern zu ziehen, um das Interview online durchzuführen. Dadurch wird bei einer Reihe ausgewählter Fragen aus der EWCS ein Vergleich der Antworten zwischen den beiden unterschiedlichen Verwaltungsmodi ermöglicht. Außerdem können die Auswirkungen des Übergangs zu einem internetbasierten Ansatz („Push-to-Web“) auf die Erhebungseffizienz und die Datenqualität geprüft werden. Bei dieser Erhebung 2024 werden die Teilnehmer gefragt, ob sie bereit sind, eine Reihe von Online-Folgefragebogen zu beantworten. Diese Folgefragebogen werden Fragen aus der EWCS enthalten, die im ursprünglichen Fragebogen nicht gestellt wurden; auf diese Weise wird die Auswahl der Variablen erweitert, anhand derer Trendbrüche erfasst werden können. Dieses Element ermöglicht es auch, die Wirksamkeit der Anwerbung von Erhebungsteilnehmern für Folgefragebogen, die Auswirkungen der anfänglichen Ablehnung der Beantwortung dieser Folgefragebogen sowie die Folgen der späteren Fluktuation der Teilnehmergruppe für die Zusammensetzung der Stichprobe zu prüfen.

Die EQLS sollte im Zeitraum 2026–2027 unter Berücksichtigung der im Rahmen der Probeerhebung 2024 gewonnenen Erfahrungen durchgeführt werden.

Eine Lenkungsgruppe mit Vertretern des Verwaltungsrats begleitete die Machbarkeitsstudie und wird mögliche Weiterentwicklungen des künftigen Ansatzes für Erhebungen überwachen.

Eine neue Erhebungswelle der ECS wird im nächsten Programmplanungszeitraum stattfinden, sofern geeignete Kooperationspartner gefunden werden können. Die Erhebung 2019 erstreckte sich auf die Bereiche Arbeitsorganisation, Personalverfahren, Arbeitnehmerbeteiligung, sozialer Dialog, Kompetenzstrategien und Digitalisierung am Arbeitsplatz.

Wie in der Tätigkeit 1 angegeben, wird die Nutzung der Daten früherer Erhebungen, namentlich der EWCS-CATI 2021, auch während des Mehrjahreszyklus fortgesetzt.

Tätigkeit 7 umfasst drei Arbeitsbereiche:

- Durchführung der Feldarbeit für die Erhebungen: Vorbereitung und Durchführung der Feldarbeit;
- methodische Entwicklung der Erhebung: zukunftsichere Erhebungen;
- Erhebungsmanagement: Verbesserung der Organisation der Erhebungen.

Ziele

Die Erhebungen dienen als Grundlage und Richtschnur für einen wesentlichen Teil der Forschungsarbeit von Eurofound. Im vorangegangenen Programmplanungszeitraum wurde der langfristige Ansatz für die Erhebungen neu bewertet: Eurofound entwickelte eine langfristige Strategie für die künftigen Erhebungen, um eine bessere Ressourcennutzung zu erzielen und zugleich mit den methodischen Entwicklungen Schritt zu halten.

Die Agentur wird die Durchführbarkeit verschiedener und kostengünstiger Datenerhebungsmethoden prüfen und dabei die Gesamtqualität der Erhebungen sowie die Vergleichbarkeit mit den in der Vergangenheit erhobenen Daten bewerten. Ein weiteres Ziel besteht darin, die Organisation der Erhebungen im Hinblick auf die Auftragsvergabe, die weitere Zusammenarbeit und die verstärkte Hebung von Synergien mit anderen EU-Agenturen und Mitgliedstaaten zu verbessern.

Erwartete Ergebnisse

Eurofound wird die Strategie für die Zukunftsfähigkeit der Erhebungen eingeführt haben, um zu gewährleisten, dass die Agentur auch weiterhin in ihren Kompetenzbereichen eine Schlüsseldatenquelle mit politischer Relevanz bleiben wird.

Arbeitsprogramm 2022: Tätigkeit 7 – Management und Entwicklung von Erhebungen

Überblick

Die Agentur wird ihre Arbeiten mit der Lenkungsgruppe zur Zukunft der Erhebungen fortsetzen, um die Zukunftsfähigkeit der Erhebungen zu gewährleisten.

Unter Bezugnahme auf den Beschluss des Verwaltungsrats vom November 2020 wird der Schwerpunkt 2022 auf der kognitiven Prüfung der bisherigen EWCS-Fragen liegen, die für die Online-Befragung neu formuliert worden sind, und auf der Einleitung der Vorbereitungen auf die EWCS-Probeerhebung 2024 mit dem Auftragnehmer. 2022 wird eine externe Bewertung der Datenqualität der EWCS-Sonderauflage 2021 organisiert. Ferner wird Eurofound die Feldarbeiten für die abschließende Runde der elektronischen Erhebung zum Themenkomplex „Leben, Arbeiten und COVID-19“ durchführen, um die gesellschaftlichen Auswirkungen auf das Leben der Menschen nach der Pandemie zu messen. Die Agentur wird ihre Bewertung der Eignung von Big Data als ergänzende Datenquelle abschließen. Die 2021 begonnene Überprüfung des Auftragsvergabeverfahrens für die Erhebung wird abgeschlossen. Weitere Arbeiten sind vorgesehen, um die Synergieeffekte und die Zusammenarbeit zwischen EU-Agenturen zu verbessern und die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit Mitgliedstaaten einschließlich des Zugangs zu Verwaltungsregistern zu prüfen.

Die Tätigkeit erfordert auch Ressourcen für die Pflege und die Verbesserung des methodischen Fachwissens.

Projekte und Outputs

Projektbeschreibung	Outputs	Jahr
Entwicklung der Erstellung des gewählten Szenarios für die Zukunft (Fortsetzung des Projekts 2021)	Bericht über kognitive Prüfung	2022
Methodische Erhebungsentwicklung (noch nicht abgeschlossen)	Diskussionsvermerk	2022
Erhebungsverwaltung (noch nicht abgeschlossen)	Internes Papier	2022
Pflege und Verbesserung des methodischen Fachwissens (noch nicht abgeschlossen)	Internes Papier	2022
Vorbereitung der EWCS 2024 – Probeerhebung (neu)	Endgültige Ausgangsfragebogen	2022
EWCS-Sonderauflage 2021 und EWCS-Folgerhebung 2020 (Fortsetzung des Projekts 2021)	Internes Papier	2022
Elektronische Erhebung zum Themenkomplex „Leben, Arbeiten und COVID-19“ (Fortsetzung des Projekts 2021)	Forschungsbericht	2022

Ressourcen

2 103 000 EUR und 3,7 VZÄ (*vorläufige Daten einschließlich der für die Durchführung der Erhebungen zugewiesenen Ressourcen*)

2.8 Tätigkeit 8: Reaktion auf Ad-hoc-Auskunftsersuchen

Mehrjährige Perspektive

Überblick

Um auf einen sich ändernden, zur Zeit der Ausarbeitung des Arbeitsprogramms nicht vorhersehbaren Informationsbedarf und auf Ad-hoc-Ersuchen von politischen Entscheidungsträgern reagieren zu können, hält Eurofound Kapazitäten für die Erstellung von Hintergrundpapieren, kundenspezifischen Berichten und Kurzstudien auf Anfrage ihrer Interessenträger vor. Die reservierten Kapazitäten können auch genutzt werden, um Forschungsarbeiten auf eigene Initiative von Eurofound zu neuen und unvorhergesehenen Fragen durchzuführen. Der Exekutivausschuss wird umfassend über die eingegangenen Ersuchen und die Ad-hoc-Forschungsarbeiten informiert.

Ziele

Ziel ist es, den Interessenträgern der Agentur auf Anfrage relevante Informationen bereitzustellen.

Erwartete Ergebnisse

Eurofound wird in der Lage sein, flexibel auf einen sich ändernden Informationsbedarf zu reagieren und Fakten zu neuen, unvorhergesehenen Fragen bereitzustellen, die politisches Handeln erfordern.

Die Europäische Kommission, der Europäische Rat und seine Ausschüsse, das Europäische Parlament, die Mitgliedstaaten im Rahmen ihrer EU-Ratsvorsitze, die nationalen Regierungen und die europäischen Sozialpartner können auf Anfrage bedarfsgerechte Informationen zu Fragen erhalten, die im Kompetenzbereich von Eurofound liegen.

Arbeitsprogramm 2022: Tätigkeit 8 – Reaktion auf Ad-hoc-Auskunftsersuchen

Outputs

Nutzerspezifische Berichte über die erzielten Erkenntnisse
Studien als Reaktion auf Anfragen der Interessenträger
Hintergrundpapiere
Beiträge zu Veröffentlichungen
Von Interessenträgern bezahlte Berichte

Ressourcen

200 000 EUR und 2,2 VZÄ (*vorläufige Daten*)

3. Horizontale Tätigkeiten

3.1 Tätigkeit 9: Kommunikation

Mehrjährige Perspektive

Überblick

Kommunikation ist von zentraler Bedeutung, wenn es gilt, das vorrangige Ziel von Eurofound zu erreichen, Wissen, forschungsbasierte Schlussfolgerungen, faktengestützte Informationen und Analysen und Dienstleistungen für die Politikgestaltung bereitzustellen sowie den Wissensaustausch zwischen den Interessenträgern zu fördern.

Eurofound arbeitet in einem veränderten Kommunikationsumfeld, das durch einen geänderten politischen Rahmen, eine überarbeitete Gründungsverordnung und ein Kommunikationsklima bestimmt wird, das durch eine tiefgreifende Spaltung geprägt ist. Neue Instrumente und Kanäle entwickeln sich ständig weiter, und die Präferenzen der politischen Entscheidungsträger passen sich entsprechend an.

Vor diesem Hintergrund müssen die Bemühungen von Eurofound in erster Linie darauf ausgerichtet sein, sicherzustellen, dass ihr Wissen die einschlägigen Akteure auf EU-Ebene und auf nationaler Ebene erreicht, um bessere politische Maßnahmen auf den zentralen Gebieten des Aufgabenbereichs der Agentur zu gestalten und umzusetzen. Die Rückmeldungen der Nutzer, Analysen und Bewertungen vermitteln ein sehr klares Bild davon, wie dies am besten, in möglichst kurzer Zeit und so relevant und kosteneffizient wie möglich bewerkstelligt werden kann.

Ziele

Vier Hauptziele stecken den Rahmen für den institutionellen Kommunikations- und Verbreitungsplan ab:

1. Einführung eines politischen Schwerpunkts (im Einklang mit den einschlägigen Hauptprioritäten der EU) bei allen Kommunikationsoutputs, wobei der Erstellung und Förderung politisch relevanter Leistungen Vorrang eingeräumt und Fachwissen hervorgehoben wird;
2. Umsetzung eines „Digital First“-Ansatzes (Vorrang für die Digitalisierung) für die Erstellung und Verbreitung von Inhalten, der Online- und mobilen Kanälen Vorrang vor herkömmlichen Kanälen einräumt;
3. Nutzung von Kooperationspartnerschaften für Kommunikationsaktivitäten mit EU-Organen (insbesondere mit der Kommission und dem Europäischem Parlament), anderen EU-Agenturen, Sozialpartnern, internationalen Organisationen und anderen Multiplikatoren;
4. Weiterentwicklung der Kommunikation auf nationaler Ebene (unter Beibehaltung des Vorrangs der EU-Ebene), Integration eines nationalen Ansatzes für die Analyse und Bereitstellung von Daten, Verbesserung der Kommunikation mit den EU-Gremien der nationalen Vertreter (z. B. den EU-Ausschüssen) und Sondierung einer strategischen Zusammenarbeit für trilaterale Einrichtungen, nationale Regierungen, Sozialpartner und andere einschlägige Organisationen.

Erwartete Ergebnisse

Durch die Kommunikationstätigkeit wird sichergestellt, dass politische Entscheidungsträger und wichtige Interessenträger zeitnah und problemlos Zugang zu den wichtigsten Informationen, Erkenntnissen und Analysen von Eurofound erhalten, und zwar in einer Form und in einem Format, die bzw. das es ihnen ermöglicht, bessere politische Maßnahmen zur Verbesserung von sozial-, beschäftigungs- und arbeitspolitischen Fragen zu konzipieren. Der „Digital First“-Ansatz wird hierbei weiter Vorschub leisten. Mithilfe von Kampagnen zur Bekanntmachung der Erkenntnisse, der Kompetenzbereiche und des neuen Arbeitsprogramms von Eurofound wird sichergestellt, dass die Interessenträger wissen, wo und wie sie in geeigneter Weise auf die richtigen Informationen zugreifen können, um ihre Arbeit zu erleichtern. Als Ergebnis dieser Tätigkeit ist insbesondere – aber nicht ausschließlich – vorgesehen, die Zahl der Downloads aus dem Internet und die Nutzeraktivität zu steigern, die Zahl der Verweisungen auf Arbeiten von Eurofound in EU-Strategiepapieren sowie die Zahl der Beiträge und Beauftragungen von relevanten Eurofound-Sachverständigen für wichtige politische Debatten zu erhöhen, die Nutzung der Arbeiten von Eurofound durch Medienkanäle zu verbessern sowie die Zahl der Nennungen von Eurofound in wissenschaftlichen Fachzeitschriften und die Bekanntheit von Eurofound in den Medien zu erhöhen. Erfolgreiche Partnerschaften werden sich auch positiv auf die Gelegenheiten zur Kommunikation und zur Mitwirkung auswirken und die Reichweite vergrößern. Weitere Ergebnisse werden die Steigerung der Bekanntheit der Agentur und ihrer Arbeit bei neuen Zielgruppen und die Verbesserung der Zufriedenheit der bestehenden Interessengruppen sein. Dies wird sich in anhaltend positiven Rückmeldungen der Nutzer, laufenden Anfragen von politischen Entscheidungsträgern auf EU- und nationaler Ebene nach spezifischem Fachwissen, einer höheren Reichweite und Wirkung in den Medien, einer verstärkten Interaktion in den sozialen Medien sowie einer größeren Zahl registrierter Kontakte niederschlagen.

Arbeitsprogramm 2022: Tätigkeit 9 – Kommunikation

Kommunikations- und Verbreitungsplan

Überblick

2022 wird Eurofound ihre Kommunikationsaktivitäten auf institutioneller Ebene weiter anpassen, um eine optimale Präsentation und Bekanntmachung der Prioritäten des neuen Programms und der Produkte, die im Laufe dieses Jahres bereitgestellt werden, sicherzustellen. Der Schwerpunkt der EU-Politik (und insbesondere die relevanten Hauptprioritäten der EU, z. B. die sozialen und beschäftigungsbezogenen Folgen der COVID-19-Pandemie, Mindestlöhne, Lohntransparenz, Tätigkeit für Online-Plattformen, der grüne Deal und ein gerechter Übergang, das Recht auf Nichterreichbarkeit, die Kindergarantie und die Jugendgarantie sowie die Weiterverfolgung der verschiedenen Aspekte der europäischen Säule sozialer Rechte und die Konferenz zur Zukunft Europas) werden auch künftig die Prioritäten bei den Kommunikationsaktivitäten in diesem Jahr bestimmen, wobei bevorstehende Initiativen der Europäischen Kommission besonders herausgestellt werden. Die Arbeiten an der Verbesserung des multimedialen und mehrsprachigen Zugangs zu den zentralen Botschaften und politischen Themen in diesen und in anderen Bereichen werden fortgesetzt. Die Zusammenarbeit von Eurofound mit den EU-Ratsvorsitzen wird in diesem Jahr mit Beiträgen für den französischen und den tschechischen Vorsitz fortgeführt. Die Pläne für das Forum der Stiftung unter dem Motto „Auf dem Weg zu Aufbau und Resilienz“ werden intensiver

vorangetrieben, damit die hochrangig besetzte Veranstaltung im ersten Quartal des Jahres 2022 (4. März 2022) im Hybridformat stattfinden kann.

Die Umsetzung der Initiative „Digital First“ der Agentur wird mit mehreren zentralen Aufgaben im Kommunikationsbereich fortgesetzt: Die weiteren Arbeiten an dem optimierten Daten-Explorer von Eurofound sollen einen besseren Zugang zu allen Erhebungsressourcen und anderen Datenressourcen und insbesondere zu den Ergebnissen der EWCS-CATI 2021 ermöglichen und die Nutzung dieser Ressourcen und Ergebnisse verbessern; Webanwendungen werden entwickelt, um mehrere, im Arbeitsprogramm in großen Zügen beschriebene neue oder angepasste Ressourcen bereitzustellen; die Priorität für allgemeine Lösungen gegenüber kundenspezifischen Lösungen auf dem Weg zu einer vollständigen Migration der Website nach Drupal bleibt bestehen; die organisationsinternen Webinar-Reihen werden ausgebaut, um neuen politischen Prioritäten entsprechen zu können; und die neue Initiative „Ask the Expert“ wird weiterentwickelt. Die neue im Haus verfügbare Studiokapazität wird genutzt, um für die Bereitstellung des Fachwissens von Eurofound für die wichtigsten Interessenträger einen besseren Zugang und höhere Kosteneffizienz sicherzustellen. In diesem Zusammenhang bleibt das Hauptaugenmerk darauf gerichtet, die Verfügbarkeit der Sachverständigen von Eurofound und die Bereitstellung des Fachwissens von Eurofound in verschiedenen Audioformaten (Podcasts) und Videoformaten über verschiedene Kanäle unter Einbeziehung eines breiten Spektrums von Plattformen zu verbessern. Die Zusammenarbeit mit wichtigen Partnern unter den Einrichtungen der EU, Sozialpartnern, trilateralen Gremien und Regierungen wird bei allen Kommunikationsaktivitäten auch künftig Priorität haben, und sie wird formalisiert werden; dies gilt insbesondere für den Bereich gezielter politikorientierter Beiträge und gemeinsamer Initiativen sowie Kampagnen in den sozialen Medien. Die Konsolidierung der Öffentlichkeitsarbeit zur Vergrößerung der Reichweite bei nationalen Zielgruppen im Rahmen des „Next Generation Communication“-Projekts wird fortgesetzt. Hierfür werden mehrere neue digitale und andere Kanäle genutzt, um an die 2021 begonnenen Maßnahmen und die in diesem Jahr gegründeten Partnerschaften anzuknüpfen; hierzu gehören die angepasste Zusammenarbeit mit dem Netzwerk europäischer Korrespondenten sowie mit anderen institutionellen Netzwerken, deren Verlängerung vorgesehen ist.

Das Jahrbuch über Leben und Arbeiten in Europa wird erstellt und veröffentlicht.

Der Kommunikations- und Verbreitungsplan umfasst auch alle in den operativen Tätigkeiten genannten Kommunikationsoutputs. Diese werden in dem oben beschriebenen Rahmen bekanntgemacht und verbreitet werden.

Projekte und Outputs

Projektbeschreibung	Outputs	Jahr
Produktions- und Veröffentlichungstätigkeit der Agentur	Veröffentlichungen und Outputs der Agentur Webinhalte und Webanwendungen der Agentur Datenvisualisierung Bibliothek und Informationsdienste	2022
Kampagnen der Agentur	Pflege der Kontakte zu Interessenträgern durch Veranstaltungen, Zusammenkünfte, Webinare, das	2022

	<p>Forum der Eurofound-Stiftung, Besuche und Partnerschaften</p> <p>E-Mail-Marketing und Kommunikation auf nationaler Ebene</p> <p>Beziehungen zu den Medien und Öffentlichkeitsarbeit, Partnerschaften und Monitoring</p> <p>Kampagnen in den sozialen Medien, Marketing, einschließlich Erstellung kanalspezifischer Inhalte (Videoaufnahmen, Fotos, Audioaufnahmen, bewegte Grafiken) und Werbung in den sozialen Medien sowie Monitoring</p> <p>Verbreitung, elektronische Formate und Druckerzeugnisse</p>	
--	---	--

Ressourcen

-1 406 000 EUR und 16,3 VZÄ (vorläufige Daten)

3.2 Tätigkeit 10: Management und Entwicklung

Mehrjährige Perspektive

Überblick

Eurofound agiert innerhalb des institutionellen Rahmens der EU. Die Agentur hat sich dazu verpflichtet, Ergebnisse nach hohen fachlichen Standards zu liefern und gleichzeitig die verfügbaren Ressourcen möglichst effizient und wirksam zu nutzen. Die Tätigkeiten von Eurofound erfolgen in einem offenen und transparenten (regulatorischen) Governance-Rahmen und werden im Geiste von Zusammenarbeit und Teamarbeit ausgeführt. Bei der Unterstützung des strategischen Ziels der Organisation wird der Schwerpunkt auf folgende Bereiche gelegt:

Förderung und Einbindung der Mitarbeiter und Stärkung der Kapazitäten zur Schaffung einer leistungsstarken Organisation

- Kontinuierliche Investitionen in die Aus- und Weiterbildung und Entwicklung des Personals zur Unterstützung der vorgeschlagenen Maßnahmenbereiche;
- Steuerung der Einbindung der Mitarbeiter in und der Verpflichtung der Mitarbeiter für die Zielsetzungen der Organisation in Bezug auf eine verbesserte Leistung der Agentur und Bindung von Personal durch die Schaffung einer höheren Eigenverantwortung, Verantwortung und Rechenschaftspflicht.

Bereitstellung von Daten sowie aufbereiteten und analysierten Informationen (Intelligence) für fundierte Entscheidungen über die Verwendung der knappen Ressourcen

- Im Hinblick auf die Verbesserung der Organisation, auf Lernprozesse und künftige Nachhaltigkeit stützt sich der Programmplanungszyklus gemäß festgelegter Bewertungskriterien und Informationen über die Leistungsbeobachtung auf Daten und Fakten zur Umsetzung der Programmplanung.

- Die weitere Stärkung der tätigkeitsbezogenen Haushaltsplanung (ABB) und des tätigkeitsbezogenen Managements (ABM) unterstützt die Auslagerungsstrategie der Agentur und die Optimierung der Zuweisung interner Ressourcen.
- Effiziente und wirksame Arbeitsmethoden und Ausführung von Aufgaben durch Anwendung von Projekt- und Prozessmanagementstandards im Rahmen der Strategie „Digital First“ (Vorrang für die Digitalisierung).

Unterstützung ergebnisorientierter Maßnahmen im Einklang mit den Grundsätzen der Einhaltung der Vorschriften und der Leitungsstrukturen für EU-Agenturen

- Förderung ethischen Verhaltens zur Vermeidung von Interessenkonflikten und Unregelmäßigkeiten sowie Gewährleistung einer Null-Toleranz-Politik gegenüber Betrug auf der Grundlage des Rahmens für interne Kontrolle der Agentur;
- Weitere Professionalisierung des Qualitätsmanagementkonzepts der Agentur im Einklang mit etablierten und neuen Verfahren in vergleichbaren EU-Agenturen, die der Tätigkeit von Eurofound angemessen sind.

Ziele

Die Agentur erfüllt ihren Auftrag mit Personal, das sein Potenzial durch folgende Maßnahmen ausschöpft:

- Durchführung von Entwicklungsprogrammen mit hybriden Lernformen („Blended Learning“);
- Unterstützung durch wirksame professionelle Projekt- und Prozessmanagementinstrumente;
- Zugang zu Daten und Analysen über die Programmdurchführung auf der Grundlage effizienter digitaler Lösungen.

Während des Programmzeitraums wird die Agentur ihren Nachhaltigkeitsrahmen für wirtschaftliche, soziale und Umweltauswirkungen mit Standards umsetzen, die eine vergleichbare Messung gewährleisten.

Erwartete Ergebnisse

Optimierung der Kompetenzen und Fähigkeiten des Personals im Hinblick auf die Erfüllung der Programmanforderungen.

Hinreichende Gewährleistung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung auf der Grundlage der Bausteine der internen Kontrolle und spezifischer Prüfungen.

Arbeitsprogramm 2022: Tätigkeit 10 – Management und Entwicklung

Überblick

- Jährliche Lernaktivitäten für die Personalentwicklung in Verbindung mit der Entwicklung eines überarbeiteten Kompetenzrahmens und seiner erstmaligen Erprobung im Rahmen eines Pilotprojekts.
- Übersichtstabelle mit Leistungsindikatoren und einer qualitativen Analyse der bisherigen Leistung sowie der Rückmeldungen der Nutzer.

- Verstärkte Integration von Projektmanagement und Finanzsystemen, um die Genauigkeit und den direkten Zugang zu Daten über die Programmdurchführung zu verbessern.
- Gut funktionierende interne Kontrollkomponenten und Null-Toleranz-Politik gegenüber Betrug durch jährliche Risikobewertung, regelmäßige Überwachung und den jährlich durchgeführten Ethikmonat der Agentur.
-
- Zertifizierung der Errungenschaften auf dem Gebiet der Umweltverträglichkeit (EMAS).

Projekte und Outputs

Projektbeschreibung	Outputs	Jahr
Personalentwicklung (und Personalverwaltungssysteme)	Einführung eines überarbeiteten Rahmens für die Erfassung von Kompetenzen und Fähigkeiten	2022
Evaluierung und Überwachung: Leistung der Organisation und organisationales Lernen	Aktuelle (Zwischen-)Bewertung Zweijähriger Bericht über Nutzerrückmeldungen Bericht über die Leistung 2021	2022
Tätigkeitsbezogenes Management	Allgemeine Einführung einer IT-Schnittstelle zwischen Projekt- und Finanzverwaltungssystemen	2022
Nachhaltigkeit	Abschließende Vorbereitung der tatsächlichen EMAS-Zertifizierung	2022
Führungsstruktur	Sitzungen des Verwaltungsrats und des Exekutivausschusses Jährliche Bewertung der internen Kontrolle und Risikoprüfung Jahresbericht 2021 der Agentur, einschließlich Nachhaltigkeitsbericht	2022 2022 2022

Ressourcen

220 000 EUR und 4,2 VZÄ (vorläufige Daten)

4. Konzept für die Umsetzung

4.1 Methoden und Instrumente

Eurofound wird in diesem Programmplanungszeitraum ein breites Spektrum von Forschungsansätzen, Methoden und Datenquellen einführen. Die Erhebungsinstrumente von Eurofound wurden bereits im Abschnitt „2.7 Tätigkeit 7: Management und Entwicklung von Erhebungen“ beschrieben. Weitere Methoden und Instrumente sind:

- Analyse weiterer Datensätze von Dritten, vornehmlich von Eurostat, durch Eurofound. Dazu gehört sowohl die direkte Nutzung der Datenquellen von Eurostat und anderer Datenquellen als auch der Abgleich verschiedener Datensätze, um einzigartige Informationsquellen zu schaffen, wie dies beispielsweise beim Europäischen Jobmonitor der Fall ist.
- Sammlung von Informationen auf nationaler Ebene und Vergleich von Vorschriften und Praktiken. Dies geschieht in erster Linie zusammen mit dem Netzwerk der Eurofound-Korrespondenten, die in allen Mitgliedstaaten vertreten sind. Die Repräsentativitätsstudien sind ein Beispiel für diesen Ansatz. Das Netzwerk der Eurofound-Korrespondenten trägt zu allen Forschungsbereichen von Eurofound bei (insbesondere in Bereichen, in denen es keine harmonisierten Datenquellen gibt), indem es die institutionellen Rahmen, Politiken und Verfahren beschreibt und vergleicht. Im Rahmen der Vorbereitung eines neuen Ausschreibungsverfahrens für den nächsten Rahmenvertrag mit den Korrespondenten wurde eine Optionsbewertung durchgeführt, die von einer aus Mitgliedern des Verwaltungsrats bestehenden Lenkungsgruppe begleitet wurde. Die Hebung von Synergien mit den Netzwerken der Europäischen Kommission wird geprüft. Ein neuer Vertrag wird im März 2022 geschlossen.
- Systematisierung der öffentlich zugänglichen Informationen, z. B. im Rahmen des ERM. Eurofound wird weitere Optionen zur Nutzung von Big Data und nutzergenerierten Informationen prüfen.
- Der Ansatz für die Evaluierung der politischen Maßnahmen beruht in erster Linie auf einer Bewertung bereits durchgeführter Evaluierungen. Dies erfordert eine Zusammenstellung und kritische Überprüfung zahlreicher Studien und, soweit möglich, von Meta-Evaluierungen. Ein weiterer möglicher Ansatz ist der Einsatz von Experteninterviews.
- Da in diesem Programmplanungszeitraum der Wandel stärker im Vordergrund steht, wird zukunftsorientierten Methoden wie Szenarienbildung, Prognosen und Backcasting ebenfalls ein höherer Stellenwert beigemessen. Diese werden häufig gemeinsam nach Absprache mit Interessenträgern genutzt. Die explorativen Methoden können auch Fallstudien zu neu auftretenden, aber bislang eher unerheblichen Erscheinungen umfassen.
- In diesem Programmplanungszeitraum wird verstärkt auf Forschungsarbeiten Dritter zurückgegriffen, die von Wissenschaftlern, anderen Organen und Einrichtungen der EU, internationalen Organisationen, Thinktanks usw. erstellt werden. Sie können für verschiedene Themen in den zwei strategischen Bereichen „Frühzeitige Erkennung und Umgang mit den Auswirkungen des Wandels“ und „Förderung des sozialen Zusammenhalts und der Konvergenz“ genutzt werden. Sie können auch herangezogen werden, um politisch relevante Beiträge zu wichtigen politischen Debatten zu leisten.
- Die Agentur wird gegebenenfalls die Nutzung nationaler Verwaltungsregister und -datenbanken prüfen und dabei berücksichtigen, dass der Zugang zu den Daten und ihre Vergleichbarkeit schwierig sind.
- Für Ad-hoc-Studien wird relativ viel Spielraum vorgesehen, sowohl für solche, die von den Interessenträgern angefordert als auch für solche, die von Eurofound als Reaktion auf den sich ändernden politischen Bedarf im Laufe des Programmplanungszeitraums in die Wege geleitet werden.

Der Großteil der Ressourcen wird für Erhebungen und für das Netzwerk der Eurofound-Korrespondenten aufgewendet. Gegebenenfalls werden andere Instrumente und Ansätze in Betracht gezogen.

4.2 Zusammenarbeit und Partnerschaften

Enge Arbeitsbeziehungen zu anderen EU-Agenturen werden von Eurofound angestrebt und unterhalten. Die Agentur wird weiterhin auf der etablierten Zusammenarbeit mit den Schwesteragenturen im Politikbereich Beschäftigung und Soziales (Cedefop, ELA, ETF und EU-OSHA) sowie mit anderen Agenturen, deren Tätigkeit einen Zusammenhang mit der Arbeit von Eurofound aufweist (EUA, EIGE, FRA), aufbauen. Vereinbarungen (Memoranda of Understanding) und die Koordinierung der Arbeitsprogramme können zur Festlegung gemeinsamer Tätigkeiten von gemeinsamem Interesse führen. In diesem Zusammenhang wird Eurofound eine Partnerschaft mit dem Cedefop, der ETF und anderen Agenturen und Organen der EU für die nächste Europäische Unternehmenserhebung prüfen. Eurofound hat mit der ELA eine Dienstgütevereinbarung (SLA) über die gemeinsame Nutzung der Dienstleistungen des Rechnungsführers von Eurofound geschlossen. Ferner wird sie eine Vereinbarung mit der ELA anstreben, die die Möglichkeit gemeinsamer Aktionen zur Mobilität vorsehen kann, sofern dies von beiden Agenturen als zweckmäßig erachtet wird.

Eurofound wird sich bemühen, ihre Beziehungen zur Europäischen Kommission auszubauen. Dazu gehören auch Tätigkeiten mit der JRC. Die Zusammenarbeit könnte in Bereichen wie der Unterstützung des Aufbaus der Kapazitäten der Sozialpartner im Rahmen des ESF und bei Umstrukturierungsmaßnahmen für den EGF vertieft werden. Die Agentur wird auch neue Wege der Zusammenarbeit mit der GD Forschung und Innovation ausloten, um die derzeitige Rolle von Eurofound zu stärken. Schließlich wird Eurofound im Zusammenhang mit der Überarbeitung eines neuen Rahmenvertrags für ihr Netzwerk von Korrespondenten im Jahr 2022 die Möglichkeit prüfen, mit den Netzwerken der Europäischen Kommission die Kräfte zu bündeln oder verstärkt Synergien zu erzielen.

Die Zusammenarbeit im Bereich Kommunikation wird im Abschnitt „3.1 Tätigkeit 9: Kommunikation“ näher erläutert. Eurofound wird nach Möglichkeiten suchen, mit Organisationen zusammenzuarbeiten, die als Multiplikatoren fungieren oder Synergien in Bezug auf die Tätigkeit der Agentur heben können. Dies würde auch die Prüfung der Zusammenarbeit mit Organisationen umfassen, die in der Gründungsverordnung genannt sind, wie etwa mit den nationalen trilateralen Einrichtungen.

Die Agentur ist bereit, gegebenenfalls auf Anfrage der Kommission Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen durchzuführen, wie in der Gründungsverordnung der Agentur als eine der Aufgaben von Eurofound angegeben.

Die SLA mit der GD Beschäftigung über die Durchführung eines Pilotprojekts über Mindestlöhne geht in das zweite Jahr ihrer dreijährigen Laufzeit.

Das Pilotprojekt umfasst die folgenden eigenständigen Projektmodule:

- Durchsetzung der Mindestlöhne und Einhaltung von Vorschriften (Quantifizierungsansätze, Bestandsaufnahme von Institutionen, Politikanalyse für ausgewählte Sektoren);
- Datenbank für Mindestlöhne in Tarifverträgen (Planung der Datenbank, Erprobung im Pilotversuch und Einpflegen von Daten);
- Regulierung der Mindestentgelte bzw. Mindesttarife für Selbstständige (vergleichender Bericht).

4.3 Strategie für die Beziehungen zu Drittländern und internationalen Organisationen

Eurofound unterhält enge Arbeitsbeziehungen zu internationalen Organisationen wie der IAO und der OECD, die eine globale Perspektive bei der Analyse politischer Fragen der EU ermöglichen.

Eurofound hat sich verpflichtet, ihre Arbeit in den Kandidatenländern fortzusetzen und dabei auf der positiven Rolle der EU-Agenturen bei der Unterstützung der EU-Erweiterungsstrategie aufzubauen. Im Rahmen des Instruments für Heranführungshilfe (IPA III) wird Eurofound seine Erhebungen voraussichtlich erneut auf die Länder im Westbalkan und die Türkei ausweiten. Auf diese Weise können sich die Länder nicht nur mit anderen vergleichen, sondern auch ihre eigenen Entwicklungen im Bereich der Lebens- und Arbeitsbedingungen im Zeitverlauf verfolgen.

Eurofound wird auch die Möglichkeit eines ähnlichen Ansatzes mit anderen Ländern im Osten und Süden im Rahmen des Programms der Europäischen Nachbarschaft prüfen.

Die Mittel für internationale Beziehungen werden gekürzt. Die entsprechenden Maßnahmen sind in den Tätigkeiten des Jahresarbeitsprogramms erfasst. In begrenztem Umfang sind in der ordentlichen Haushaltlinie für Dienstreisen der Agentur Mittel für Dienstreisen vorgesehen.

5. Ausblick auf die personellen und finanziellen Ressourcen: Ressourcenplanung für die Jahre 2020–2024

5.1 Finanzielle Ressourcen

Im Dezember 2020 nahm der Europäische Rat den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für den Zeitraum 2021–2027 an.

Die nachstehenden Zahlen basieren auf den Schätzungen der Kommissionsdienststellen für den Zuschuss. Sie sehen erneut vor, den Zuschuss für Eurofound für die kommenden Jahre real (zu Preisen von 2018) einzufrieren. Nominal entspricht dies einer jährlichen Erhöhung des Zuschusses um rund 2 %. Dies sollte einen Ausgleich für eine zugrunde gelegte jährliche Inflationsrate in gleicher Höhe ermöglichen.

In Titel 3 (Operative Ausgaben) sind für 2022 rund 6,0 Mio. EUR veranschlagt. Aufgrund des in den letzten Jahren nahezu eingefrorenen Zuschusses liegt dieser Wert deutlich unter dem Niveau von 2010, als der Titel Ausgaben von rund 7,8 Mio. EUR umfasste. Die in den nächsten sieben Jahren erwarteten Zuwächse beim Zuschuss werden im Großen und Ganzen dazu beitragen, die rückläufige Entwicklung bei Titel 3 umzukehren und die Mittelausstattung für diesen Titel bis 2024 auf 6,6 Mio. EUR zu steigern. Die Aufstockung für Titel 1 (Personal- und personalbezogene Kosten) soll gering ausfallen, mit Ausnahme einer Erhöhung des irischen länderspezifischen Berichtigungskoeffizienten. Für Titel 2 werden, falls möglich, zusätzliche Mittel bereitgestellt, um die IT-Infrastruktur weiter auszubauen und in das Nachhaltigkeitsprogramm von Eurofound, insbesondere in die ökologische Nachhaltigkeit, zu investieren.

Zum Zeitpunkt der Abfassung des vorliegenden Programmplanungsdokuments besteht jedoch ein Risiko bei den personalbezogenen Ausgaben in Titel 1. Aufgrund des starken Anstiegs des länderspezifischen Berichtigungskoeffizienten für Irland Ende 2020 mussten der entsprechenden Haushaltlinie über 500 000 EUR zusätzlich zugeteilt werden. Dies stellt eine erhebliche Belastung für

alle übrigen Haushaltslinien in Titel 1 dar, die nicht vom Beamtenstatut geregelt werden (z. B. die Fortbildung für Mitarbeiter).

	2020	2021	2022	2023	2024
	PD 2020	MFR	MFR	MFR	MFR
Einnahmen (in tausend)					
<i>Zuschuss</i>	21 195	21 600	22 051	22 492	22 942
<i>Sonstige Einnahmen</i>	200	220	219	218	218
<i>Gesamt</i>	21 395	21 820	22 270	22 710	23 160
Ausgaben (in tausend)					
<i>Titel 1</i>	13 925	14 080	14 755	14 490	14 700
<i>Titel 2</i>	1 600	1 640	1 550	1 750	1 820
<i>Titel 3</i>	5 870	6 100	5 965	6 470	6 640
<i>Gesamt</i>	21 395	21 820	22 270	22 710	23 160

Für Einzelheiten zur Einnahmen- und Ausgabenentwicklung siehe: Anhang IV – Humanressourcen in quantitativer Hinsicht.

5.2 Humanressourcen

Die folgende Tabelle zeigt die voraussichtliche Personalentwicklung bis zum Jahr 2024.

Personal- bestand	Für 2020 vorgesehener Personalbesta nd	Für 2021 vorgesehener Personal- bestand	Für 2022 vorgesehener Personal- bestand	Für 2023 vorgesehener Personal- bestand	Für 2024 vorgesehener Personal- bestand
AD insgesamt ¹³	51	51	51	51	51
AST insgesamt ¹⁴	40	40	40	40	40
VB insgesamt ¹⁵	13	13	13	13	13

¹³ „Bedienstete der Funktionsgruppe Administration“ insgesamt umfasst Beamte und Bedienstete auf Zeit.

¹⁴ „Bedienstete der Funktionsgruppe Assistenz“ insgesamt umfasst Beamte und Bedienstete auf Zeit.

¹⁵ Vertragsbedienstete, in VZÄ.

ANS ¹⁶	1	1	1	1	1
Strukturelle Dienstleistungsanbieter ¹⁷	7 ¹⁸	7	7	7	7
Gesamt	112	112	112	112	112

Eurofound erwartet keine Änderungen des Gesamtpersonalbestands im Zeitraum 2021–2024. Für Einzelheiten zum Personalbestand und zur Personalentwicklung siehe: Anhang IV – Humanressourcen in quantitativer Hinsicht.

Die stabile Zahl der Bediensteten trägt dem unveränderten Auftrag und der Fortführung der meisten Aufgaben Rechnung. Es sei darauf hingewiesen, dass Eurofound von 2013 bis 2018 ihre Planstellen (AD und AST) um 10 % verringern und umfangreiche Maßnahmen und Umstrukturierungen durchführen musste, um den Personalabbau auszugleichen, während parallel die Arbeitsprogramme noch umgesetzt und das Ansehen und die Sichtbarkeit von Eurofound sogar erhöht wurden.

5.3 Ausweitung der Aufgaben und Effizienzsteigerungen

Die Änderung der Gründungsverordnung von Eurofound (Verordnung (EWG) Nr. 1365/75) führte zwar zu einer Aktualisierung ihres Auftrags, beinhaltet jedoch keine wesentlichen Veränderungen mit Auswirkungen auf den Ressourcenbedarf. Dieses Programmplanungsdokument sieht daher weder neue Aufgaben noch eine Ausweitung bestehender Aufgaben vor.

Die Agentur könnte jedoch mit Aufgaben wie Pilotprojekten betraut oder im Wege von Beitragsvereinbarungen beauftragt werden, für die über die hier vorgelegten Zahlen hinaus Mittel bereitgestellt werden müssten.

Da die Haushaltsmittel für die nächsten Jahre real eingefroren sind (und lediglich ein Inflationsausgleich zu erwarten ist), sind Effizienzsteigerungen die einzige Möglichkeit, den wahrscheinlich eintretenden Auswirkungen von über die Inflation hinaus steigenden Kosten zu begegnen, z. B. bei den IKT oder der Erhebung verlässlicher Daten. Da mehr als 60 % des Haushaltsplans auf den Bereich Personalkosten und personalbezogene Kosten (Titel 1) entfallen, der weitgehend durch das Statut der Beamten der EU geregelt ist, können Effizienzgewinne ausschließlich über die Zahl der Bediensteten und – in erheblich geringerem Umfang – in Bereichen wie Dienstreisen, Gebäude und Einsparungen bei der Vergabe von Dienstleistungen erzielt werden.

Ein wichtiger Hebel für Effizienzgewinne könnte darin bestehen, die Zahl der Dienstleistungen, die gemeinsam von mehreren EU-Agenturen oder von einer Agentur und der Kommission in Anspruch

¹⁶ Abgeordneter nationaler Sachverständiger (ANS).

¹⁷ Dienstleistungsanbieter stehen unter dem Vertrag eines privaten Unternehmens und führen spezielle ausgelagerte Aufgaben horizontaler bzw. unterstützender Natur, zum Beispiel im Bereich Informationstechnologie, aus. Bei der Kommission sollten folgende allgemeine Kriterien erfüllt sein: 1) kein Einzelvertrag mit der Kommission; 2) in den Räumlichkeiten der Kommission, üblicherweise mit PC und Schreibtisch; 3) verwaltungstechnisch der Kommission unterstellt (Ausweis usw.) und 4) trägt zur Wertschöpfung der Kommission bei.

¹⁸ 1 Verwaltungskraft für Cateringdienstleistungen, 1 Koch, 2 Küchenhilfen, 1 Reinigungskraft, 2 Sicherheitsbedienstete.

genommen werden, zu erhöhen. Im Vergleich zu der Situation vor mehreren Jahren haben die Agenturen ihren Ansatz für die gemeinsame Nutzung von Dienstleistungen erheblich professionalisiert: systematische Prüfung potenzieller Aufgaben für die gemeinsame Nutzung, erhebliche Zunahme der Zahl der gemeinsam durchgeführten Auftragsvergaben, wodurch Einsparungen im administrativen Bereich und Skaleneffekte ermöglicht werden, sowie regelmäßige Überwachung der in diesem Bereich erzielten Fortschritte und Berichterstattung über diese Fortschritte. Eurofound hat mit der ELA auch eine SLA über die gemeinsame Nutzung der Leistungen des Rechnungsführers von Eurofound geschlossen.

Gleichermaßen hat die Zahl der mit der Kommission gemeinsam genutzten Dienstleistungen und gemeinsam durchgeführten Auftragsvergaben in den letzten Jahren stetig zugenommen. Ein Beispiel hierfür ist die Einführung des Personalverwaltungssystems der Kommission, Sysper, bei Eurofound, die während der Laufzeit dieses Programmplanungsdokuments abgeschlossen wird.

Zwar führten diese Entwicklungen gewiss zu einer höheren Qualität der beschafften Waren und Dienstleistungen und ermöglichten Skaleneffekte, doch bleibt die Verringerung des Verwaltungsaufwands und der Kosten deutlich hinter den Erwartungen zurück. Die Verfahren für die Teilnahme an gemeinsamen Auftragsvergabeverfahren und die gemeinsame Nutzung von Diensten sind mit Koordinierungskosten verbunden, die mögliche Einsparungen teilweise aufwiegen. Dies gilt umso mehr, wenn eine Agentur eine gemeinsame Auftragsvergabe federführend durchführt oder Dienstleistungen für andere anbietet. Im Falle der Kommission führt dies regelmäßig zur Forderung von sehr hohen festen Jahresgebühren, z. B. für die Nutzung von Sysper oder die Möglichkeit der Teilnahme an Ausschreibungen im IT-Bereich.

Neben der gemeinsamen Nutzung von Dienstleistungen und gemeinsamen Auftragsvergaben ist die Bereitstellung von mehr und besseren digitalen Lösungen zur Unterstützung der Agentur ein zentrales Element für die Erzielung von Effizienzgewinnen. Ein weiterer Schwerpunkt in den kommenden Jahren wird die digitale Neugestaltung von Prozessen und Projekten zur Verringerung des Verwaltungsaufwands sein. Dies geht jedoch zulasten zusätzlicher Ausgaben im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie. Alles in allem wird sie dennoch eine Nettoeffizienzsteigerung für die Agentur bedeuten.

Schließlich werden auch die Lehren, die aus der langen Zeit der Arbeit von zu Hause aus während der COVID-19-Pandemie 2020 und 2021 gezogen wurden, eine Steigerung der Effizienz ermöglichen. Elektronische Unterschriften, eine steigende Zahl von Online-Sitzungen, die digitale Kommunikation über Forschungsergebnisse und zahlreiche weitere kleinere Maßnahmen werden sowohl zu Gesamtkosteneinsparungen als auch zu einer verbesserten Umweltverträglichkeit führen.

Kontaktaufnahme mit der EU

Persönlich

In der Europäischen Union gibt es Hunderte von „Europe-Direct“-Informationsbüros. Die Adresse des Büros in Ihrer Nähe finden Sie unter: https://europa.eu/european-union/contact_de

Telefon oder E-Mail

Europe Direct ist ein Dienst, der Ihre Fragen zur Europäischen Union beantwortet. Kontaktieren Sie Europe Direct:

- über die gebührenfreie Nummer: 00 800 6 7 8 9 10 11 (manche Telefondienstleister können allerdings Gebühren berechnen),
- über die folgende Rufnummer der Zentrale: +32 22999696
- per E-Mail über: https://europa.eu/european-union/contact_de

Wo finden Sie Informationen über die EU

Im Internet

Informationen über die Europäische Union in allen Amtssprachen der EU sind verfügbar auf der Europa-Website unter: <http://europa.eu>

EU-Veröffentlichungen

Unter folgender Adresse können Sie beim EU Bookshop EU-Veröffentlichungen herunterladen oder bestellen: <http://publications.europa.eu/eubookshop>. Wünschen Sie mehrere Exemplare einer kostenlosen Veröffentlichung, wenden Sie sich bitte an Europe Direct oder das Informationsbüro in Ihrer Nähe (siehe https://europa.eu/european-union/contact_de).

EU-Recht und damit zusammenhängende Dokumente

Informationen zum EU-Recht, darunter alle EU-Rechtsvorschriften seit 1951 in sämtlichen Amtssprachen, finden Sie in EUR-Lex unter: <http://eur-lex.europa.eu>

Offene Daten von der EU

Über ihr Offenes Datenportal (<http://data.europa.eu/euodp/de/home>) stellt die EU-Datensätze zur Verfügung. Die Daten können zu gewerblichen und nicht gewerblichen Zwecken kostenfrei heruntergeladen werden.

Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) ist eine trilaterale Agentur der Europäischen Union, die 1975 gegründet wurde. Sie hat den Auftrag, Fachwissen im Bereich sozial-, beschäftigungs- und arbeitspolitischer Strategien gemäß der Verordnung (EU) 2019/127 bereitzustellen.



Amt für Veröffentlichungen
der Europäischen Union

ISBN 978-92-897-2249-0

ISSN 2363-3174

doi:10.2806/132852